

Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 5 2004

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Die Faschismuskelle



Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-General-
sekretär, Bern

Weshalb bringen selbst Journalisten in bürgerlichen Redaktionsstuben ein gewisses Verständnis für gewalttätige «antifaschistische Abendspaziergänge» mit hohem Sachschaden auf? Und weshalb werden einwanderungskritische bürgerlich-konservative Politiker von ihren politischen Gegnern als «Faschisten» gebrandmarkt? – Zeit, den «Kampf gegen Rechts» und die Antifa-Machtstrategie in der Moralgesellschaft einmal kritisch zu durchleuchten.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Die sowjet-kommunistischen Wurzeln

Der sogenannte Antifaschismus geht als politisch-ideologische Propagandawaffe und entsprechende politisch-strategische Leitlinie auf die Anfänge des Sowjetkommunismus zurück. Obwohl ein Produkt der Lenin- und Stalin-Ära, hat er den Zusammenbruch der Sowjetunion sichtlich gut überstanden und beweist bis in unsere Tage eine erstaunliche Vi-

talität – auch hier in der Schweiz. Die Generalisierung des «Faschismus»-Begriffs zu einem bewusst unscharf gelassenen Sammelbegriff für alle Gegner des Kommunismus, ob Bürgerliche, Konservative oder Sozialdemokraten, ja selbst abtrünnige Kommunisten vom Moskauer Zentrum (wie 1948 Tito in Jugoslawien), trieb immer wieder groteske Blüten. Als Stalin nach Lenins Tod 1924 die Führung der sowjetischen Kommunisten übernommen hatte, knüpfte er unbedenklich daran an und nannte die deutschen Sozialdemokraten als Hauptgegner der sowjetischen Machtziele in Europa kurzerhand «Sozialfaschisten», da sie sozialistisch nur in Worten seien, tatsächlich aber die kapitalistische Bourgeoisie unterstützten. Tatsächlich wurde deutlich, wie sehr der Faschismusbegriff zu einem pragmatisch zu nutzenden politischen Kampfbegriff verkam, zu einer Freund-Feind-Formel und Sammlungsparole für wechselnde politisch-strategische Konstellationen.

Antifaschistischer Schutzwall

Seit dem Ende der sechziger Jahre trugen die unter dem Einfluss der sogenannten «Kritischen Theorie» der Frankfurter Schule stehenden Kader der Studentenbewegung die kommunistische These vom faschistischen Kern der westlichen Demokratien auf die Strassen. Die alten Thesen vom Faschismus als dem Agenten und Söldner des Grosskapitals wurden wieder aufgewärmt. Nicht wenige innerhalb der 68er-Bewegung rechtfertigten selbst Mauern und Grenzanlagen der DDR als «antifaschistischen Schutzwall». Mit jakobinischer Logik wurde die Legitimität der Gewalt im Dienst der Emanzipation der Menschen wieder aufgegriffen, die man anders beurteilen müsse als die faschistische Gewalt «zur Aufrechterhaltung bestehender

Letzter Aufruf!

Endlich einmal eine erfreuliche Nachricht von der Initiativfront. Im vergangenen Monat haben wir einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht und mehr als 20'000 (!) neue Unterschriften für unsere Einwanderungsbegrenzungs-Initiative gesammelt. Wenn wir weiter so engagiert sammeln, werden wir es noch schaffen! Es gilt jetzt aber nicht locker zu lassen.

Wir rufen deshalb all unsere Mitglieder und Freunde auf, am kommenden Abstimmungswochenende vom 15./16. Mai Sammelequipes von zwei bis drei Leuten zusammenzustellen und vor den Abstimmungslokalen in ihrer Region Unterschriften zu sammeln. Auch bitten wir Sie, noch einmal in Ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis zu sammeln. Auf unserem Zentralsekretariat (SD, Postfach 8116, 3001 Bern), Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch liegen noch sehr viele unausgefüllte Bogen.

Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse», also jener für den Antifaschismus durchgehend kennzeichnende Doppelstandard der Moral. Noch heute entschuldigenden Medienschaffende bis tief in die bürgerliche Tagespresse hinein antifaschistische Agitation und Gewalt mit diesen Argumenten.

Der neue Antifaschismus

Die Milieus und Kommandohöhen, deren Antifaschismus bis zur grossen Wende von 1989/91 am Tropf des Marxismus und Weltkommunismus gehangen hatte, mussten sich nach dem Mauerfall nach neuen Parolen und Inhalten umschauen. Obwohl wir seitdem in einer postkommunistischen Welt leben, pflegt bei uns die kommentierende Klasse in den Redaktionsstuben noch immer den «Antifaschismus» wie einen Nibelungenhort. Auch heute ist sie darauf aus, die moralische und historisch-politische Wächterfunktion zu besetzen. Die Inhalte hat man freilich modernisiert. An die Stelle des «alltäglichen Faschismus» ist nun der «alltägliche Rassismus» getreten, dessen Bekämpfung neue politische

Dividende zu erbringen verspricht. Das Sortiment des neuen Nötigungsklimas wird wie folgt offenbart:

– Die Einwanderungs- und Ausländerfrage, die entgegen dem klaren Mehrheitswillen der Schweizer durch die Etablierung einer multikulturellen Gesellschaft abgelöst werden soll.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Englands Ängste vor der EU-Erweiterung
- 4 Von der Volksschule zur Volksverdummungsanstalt
- 6 Handeln die irakischen Widerstandskämpfer wirklich in blinder Wut?
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort
- 12 Politräsel

Die Faschismuskeule

Fortsetzung von Seite 1

- Die Vergangenheitsbeurteilung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, die fortgesetzt als Aktie im politischen Machtkampf benützt wird.
- Ein Fundamental feminismus, der auf die Auflösung von Ehe, Familie und familiärer Kindererziehung zielt.
- Die Fragen der Gestaltung Europas im 21. Jahrhundert, seiner kulturgeographischen Grenzen und seiner Verfassung: Bundesstaat, der die Völker unter sich begräbt, oder Bund unabhängiger Nationalstaaten?

Politischer Moralismus

Die alte und neue Linke des «Antifaschismus» arbeitet dabei mit den Methoden und im Klima einer penetranten Moralgesellschaft, deren Etablierung mit der linken Kulturrevolution seit dem Ende der sechziger Jahre begonnen hatte. Unter politischem Moralismus versteht sich das rücksichtslose Hantieren mit pseudomoralischen Propagandaparen zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele. Seine Methodik besteht in der systematischen Einschüchterung des souveränen Volkes, besonders derjenigen, die zu abweichenden Meinungen und Handlungen neigen, im Tugendterror und im entsprechenden Nötigungsklima, wie wir es aus der Geschichte von der Jakobinerdiktatur in der Französischen Revolution bis zu den totalitären Herrschaftssystemen des 20. Jahrhunderts nur allzu gut kennen.

Taktiken und Methoden

Im politischen Machtkampf, der in der Tarnung der moralischen Auseinandersetzung der - «antifaschistischen» - «Guten und Anständigen» mit den anderen, den Rechten und Rechtsextremen besteht, ergeben sich bestimmte, in den verschiedenen Kampagnen immer wieder auftauchende Taktiken und Methoden.

Wie schon der klassische Faschismusbegriff von den Kommunisten uferlos ausgeweitet wurde, um möglichst viele und auch die «getarnten Feinde» in das Fadenkreuz zu bekommen, geschieht dies heute mit dem Begriff des Rechtsextremismus. **Er kann und soll jeden treffen, der etwa an der aktuellen Ausländer- und Einwanderungspolitik, an der Einbindung der Schweiz in die EU und an den Defiziten der inneren Sicherheit, ja selbst an der laschen Einbürgerungspraxis, Kritik übt.** Besonders gravierend ist dabei, dass dieser enorm ausgeweitete Rechtsextre-

mismusbegriff sogar von halbamtlichen Publikationen wie der Chronologie «Rassistische Vorfälle in der Schweiz» der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus aufdiktiert wird. So wird der Eindruck erweckt, es handle sich dabei um wissenschaftlich gedeckte und juristisch präzise Rechtsbegriffe.

Einschüchterung

Mit diesen Methoden und Vorgehensweisen wird der Begriff «Rechtsextremismus» zu einem beliebig einsetzbaren politischen Kampfbegriff, der leicht als Instrument der Einschüchterung und Denunzierung politischer Gegner und auch unbescholtener Bürger missbraucht werden kann. Hierher gehört auch die überlegte Verwendung bestimmter, juristisch kaum abwehrbarer Begriffe zur Denunziation politisch Andersdenkender wie «Biedermann» (was die Verdächtigung nahe legen soll, der Betreffende trage eine «Maske»), «Extremist in Nadelstreifen», «geistiger Brandstifter» etc. Von denen, die sie verwenden, psychologisch getestet, sollen sie Verdacht erwecken und Verdächtigung hervorrufen, nicht selten versehen mit einem Touch der Abneigung gegen Rechtsintellektuelle und des Mobbing gegen sie. Der psychologisch Geschulte erkennt aber, wie hier mögliche tiefenpsychologische Lagen der «Antifaschisten» selbst auf den politisch-ideologischen «Feind» projiziert werden.

Ein moderner «intelligenter» Patriotismus

Hat die freiheitliche und antitotalitäre Demokratie die machstrategischen Ziele des antifaschistischen «Kampfes gegen Rechts» erst einmal begriffen und offengelegt, dann hat sie keinen Anlass mehr, ihm wie das Kaninchen vor der Schlange ängstlich und defensiv gegenüberzustehen. Aus den im vorstehenden skizzierten Gründen folgt vielmehr das Recht, ja die Pflicht des Widerstandes gegen die hier in Frage stehenden Zeiterrscheinungen.

Ein zweites kommt hinzu: **Die Einschüchterungsstrategie der antifaschistischen «Political Correctness» erweist sich immer deutlicher als ein Gefecht zur Verschleierung des Niedergangs und des Versagens linker Politik in Europa.** Die grössere Gefahr als der Extremismus jeglicher Art ist die Flucht des Moralisten aus den politischen Handlungszwängen geworden, die jahrelang als politisch unkorrekt tabuisiert wurden: die Fragen unserer Bevölkerungsstruktur und der Alterung unserer

Gesellschaft, der Geburtenförderung und der Ausländer- und Einwanderungspolitik.

Wer solche Fragen erörtert, darf nicht als «reaktionär», als «rechts-extremistisch» oder als «semifaschistisch» verunglimpft werden. Angesichts des sich aus der gesellschaftlichen und politischen Wirk-

lichkeit selbst heraus entfaltenden Paradigmenwechsels wird die antifaschistische Offensive «gegen Rechts» schon bald zum Auslaufmodell werden. Dann müssen freiheitlich-konservative Kräfte und Prinzipien bereitstehen und genügend konkretisiert sein, um die absehbare Zukunft unseres Volkes und Landes gestalten zu können.

Ein Leserbrief provoziert eine grundsätzliche Stellungnahme

Thomas Sch. aus B. schreibt uns als Reaktion auf die kritischen Aufsätze unseres Mitarbeiters H. Spitz u.a.:

«Nach Ihrer letzten Amerikahetze habe ich per E-Mail einen Leserbrief unterbreitet. Wenn dieser nicht veröffentlicht wird, und auch nur eine weitere Amerikahetze publiziert werden sollte, werde ich aus der SD austreten.

Ich muss nicht Mitglied einer Organisation sein, welche unsere Abhängigkeit von der immer arroganter werdenden EU weiter vergrössert.

Wenn nun die SD, wie seinerzeit die marxistisch angehauchten 68er, früher die Nazis und heute die chronisch linke Presse zu einem Boykott gegen amerikanische Produkte aufruft, dann ist dies einer (wirtschaftlichen) Unabhängigkeit von der EU derart abträglich, dass dies nicht auch in meinem Namen geschehen muss.»

Stellungnahme der Redaktion:

Einerseits freut uns Ihre Stellungnahme. Sie beweist, dass unsere Zeitung aufmerksam gelesen wird. Andererseits verlangt Ihre geharnischte Reaktion nach einer ausführlichen Darlegung unserer Standpunkte.

- Wir teilen Ihre Auffassung, dass die EU gegenüber den Kleinststaaten - und damit auch der Schweiz - eine arrogante Haltung einnimmt. Nicht nur hat sie ein enormes Demokratie-Defizit, sie handelt auch nach dem bösen Wort: «Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.»

- Gleichzeitig ist es ein Ergebnis unserer wirtschaftlichen und kulturellen, nachbarschaftlichen Verbundenheit und unserer geographischen Lage, dass unsere Handelsbeziehungen mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich weit mehr als die Hälfte unseres Aussenhandels ausmachen.

- Durch die europapolitische Ent-

wicklung ist damit die EU - nolens volens - zu unserem wichtigsten Handelspartner geworden.

Es entspricht nicht nur unseren handelspolitischen Interessen, wenn die Schweiz versucht, die Handelsbeziehungen mit der gesamten übrigen Welt in partnerschaftlicher Art weiter zu entwickeln. Es ist auch neutralitätspolitisch wichtig und richtig.

Wenn Sie jedoch annehmen, die USA als Handelspartner wäre dabei die erste Wahl, um unsere Abhängigkeit von der EU abzubauen, wollen Sie «Teufel mit Beelzebub» austreiben.

Die USA verfolgen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen seit Jahrzehnten auf der ganzen Welt mit beispielloser Härte und scheuen sich dabei keineswegs, ihren gesamten Machtapparat - von wirtschaftlichem Druck über die Geheimdienste bis hin zu militärischen Interventionen - einzusetzen.

Und nun zur Rolle der SD in der schweizerischen Politik. Seit ihrer Gründung - damals als Nationale Aktion - hat sie den Mut gehabt, heisse Eisen der jeweils aktuellen Politik anzupacken. Dabei hat sie niemals den Boden des demokratischen Rechtsstaates verlassen und stets das langfristige Wohl des Schweizervolkes im Auge behalten.

- Das war so, als sie in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts gegen das wilde Breitenwachstum unserer Wirtschaft mit dem Zuzug von Hunderttausenden fremder Arbeitskräfte antrat. Der Hinweis auf die exzessive Verbauung unseres selten Kulturlandes und die Lohndrückerei der schweizerischen Arbeitskräfte brachte uns den Vorwurf der «Blut- und Boden-Politik» ein.

- Als die NA in den 70er-Jahren u.a. für die demokratischen Rechte des Schweizervolkes in der Aussenpolitik kämpfte, wurden wir als Neonazi beschimpft.

- Zu Ende der 70er und anfangs der 80er-Jahre waren Forderungen im Interesse unserer Umwelt (z. B. gegen die Überbauung der Berggebiete - Ausverkauf der Heimat) im Zentrum unserer Bemühungen. Das trug uns den Vorwurf ein, Ökofaschisten zu sein.
 - Als wir in den 80er und 90er-Jahren immer wieder gegen die Folgen der verfehlten Asylgesetzgebung antraten, wurden wir zu inhumanen Isolationisten und Egoisten gestempelt.

- Und jetzt, wo wir also die schlimmsten Machenschaften der US-Imperialisten anzuprangern wagen, werden wir aus den eigenen Reihen als «Amerikahetzer» beschimpft.
 Lieber Herr Sch. - überlegen Sie sich vorurteilsfrei
 - welche Rolle die USA in den letzten 20 Jahren im Kampfe um die Weltenergie-Vorräte spielen;
 - wie viele Länder die US-Militärs zusammengebombt haben - und dann den Wiederaufbau ändern zu überlassen;

- was von der Inszenierung des Terrors durch die amerikanische Regierung und ihre Geheimdienste zu halten ist;
 - was von der Drohung zu halten ist, kleinkalibrige Atombomben gegen widerspenstige Staaten einsetzen zu wollen, und vom hemmungslosen Gebrauch von Geschossen mit abgereichertem Uran im Irak, auf dem Balkan und in Afghanistan.

Informieren Sie sich doch bitte, indem Sie z. B. die Bücher von

Thierry Meyssan - «Der inszenierte Terrorismus» und Peter Scholl-Latour «Krieg gegen den Terror - Kampf der Kulturen?» lesen.

Wir Schweizer pflegen seit jeher Freundschaft mit dem amerikanischen Volk. Ein wahrer Freund warnt und mahnt, wenn sein Freund zu entgleisen droht. Amerika ist derzeit trunken von Macht und droht zu entgleisen. Deshalb warnen wir!

Redaktion

Englands Ängste vor der EU-Erweiterung

Laut «Sunday Telegraph» vom 15. Februar 2004 macht sich die britische Regierung Sorgen über den bevorstehenden EU-Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten. Dank der englischen Sprache, dem flexiblen Arbeitsmarkt und den vielen offenen Stellen, die dank der Abwesenheit eines Identitätskartenzwanges auch den illegalen Immigranten zugänglich sind, ist Grossbritannien ein Paradies für Zuwanderer aus wirtschaftlichen Gründen. Die Möglichkeit, dass ein

Potenzial von 74 Millionen Migranten entstehen und die Boulevardpresse Schlagzeilen von einer Zigeuner-, Wanderarbeiter- und Sozialhilfeempfänger-Invasion machen könnte, bereitet dem Premierminister jetzt schon schlaflose Nächte. Überdies käme die von der Regierung verfolgte Einwanderungspolitik - hart bei Asylanten und illegalen Immigranten, aber liberal bei legalen Einwanderern - unter Beschuss. Die in einer Flutwelle umgekommenen 19 Mu-

schelsucher in der Morecambe Bay - illegale chinesische Wirtschaftsflüchtlinge - haben dieses Problem in seiner ganzen Schärfe ans Licht gebracht.

Der freie Personenverkehr wird eine Migration von Sozialhilfeempfängern aus Staaten mit schwachen Wohlfahrteinrichtungen in solche mit einem starken Absicherungsnetz auslösen, was man den Betroffenen nicht einmal verargen kann, da es auch bei uns in England Arbeitslose gibt, welche, falls man ihnen ermöglicht, nur von der Sozialhilfe zu leben, sich damit begnügen und nichts anderes mehr tun wollen. Der bekannte amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman hatte vor wenigen Jahren diese Problematik in wenigen Worten treffend zusammengefasst: «Man kann nicht gleichzeitig freie Einwanderung und einen Wohlfahrtsstaat haben.»

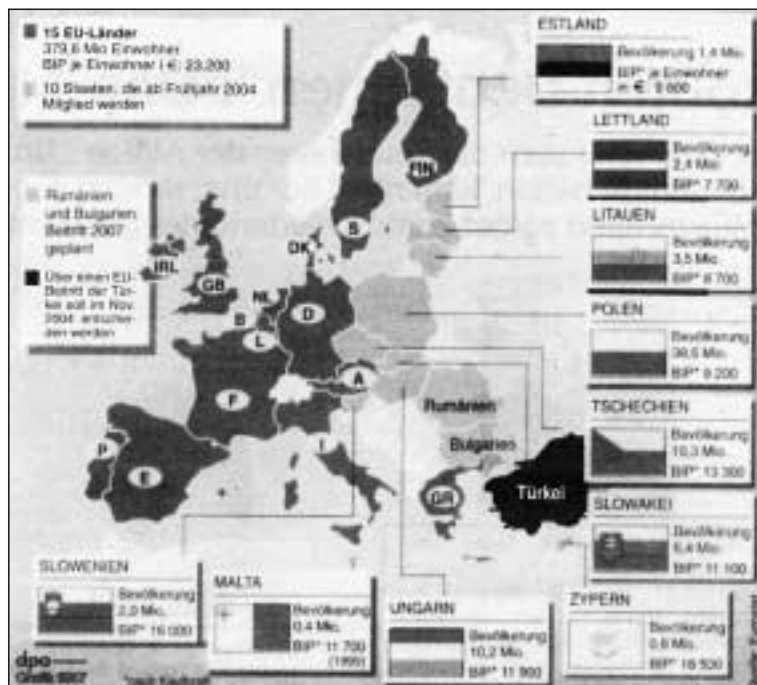
Eine Warnung

Am 1. Mai dieses Jahres werden Polen, Ungarn, Tschechien, Lettland, Litauen, Estland, die Slowakei, Slowenien, Zypern und Malta zu EU-Mitgliedern, was die «alten» Staaten der Gemeinschaft bewegt hat, entweder die Kontrollen an der Grenze zu verschärfen oder die neuen Einwanderungsbestimmungen so lange wie möglich, d. h. sieben Jahre, hinauszuschieben. Holland, das in dieser Sache bisher eine liberale Politik handhabte, musste sich in Anbetracht der unhaltbar gewordenen Zustände zu einem radikalen Kurswechsel durchringen. Nur zwei EU-Länder wollen sich weiterhin zu einer Politik der offenen Tür bekennen: Irland und Grossbritannien. Kein Wunder, dass mehr und mehr in Holland abgewiesene Asylanten sich auf dem schwarzen Markt falsche Pässe und Identitätspapiere beschaffen in der Hoffnung, damit

nach Grossbritannien zu gelangen, um sich dort als billige Arbeitskraft verdingen zu können.

Schon jetzt strömen mehr Zuwanderer in das Vereinigte Königreich als je zuvor, nämlich im Jahresdurchschnitt deren 153'000 im Laufe der vergangenen Fünfjahresperiode. Der in den nächsten 25 Jahren erwartete Bevölkerungszuwachs von 7 Millionen wird schätzungsweise zu zwei Dritteln, d. h. 4,4 Millionen, aus Einwanderern bestehen. Die Auswirkungen dieser Massimmigration auf den Wohnungsmarkt, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Infrastruktur sind derart stark, dass sie der einheimischen Bevölkerung grosse Sorgen bereiten. Dazu meint David Goodhart, Redaktor der politischen Zeitschrift «Prospect»: «Das öffentliche Unbehagen ob des Massenzustroms kann nicht als blosser Fremdenhass oder Rassismus betrachtet werden; es drückt vielmehr ein vernünftiges Verständnis für den Wert der britischen Staatsbürgerschaft und deren Unvereinbarkeit mit allzu durchlässigen Grenzen aus. Das abstrakte Gerede von Globalisierung und universalen Menschenrechten kann uns vor fundamentalen Wahrheiten blind machen: Die nationale Gemeinschaft bleibt der Grundmassstab der menschlichen politischen Organisation. Das «britische Volk» ist nicht nur eine Anzahl von Individuen mit spezifischen Rechten und Pflichten, sondern eine Gruppe von Menschen mit einem auf Gegenseitigkeit beruhenden Pflichtgefühl. Goodhart umschreibt die nationale Staatsbürgerschaft als etwas «innewohnend Exklusives» und meint, dass unser Schul- und Spitalwesen rasch zusammenbrechen würde, falls jedermann in aller Welt die britische Nationalität zugespro-

Fortsetzung Seite 4



Am 1. Mai 2004 werden mit Polen, Ungarn, der Tschechei, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern zehn neue Mitgliedsstaaten in die EU aufgenommen. Rumänien und Bulgarien sollen voraussichtlich 2007 EU-reif sein. Das wirtschaftliche Niveau der Beitrittsländer ist zum Teil drastisch unter dem EU-Durchschnitt, was zu gewaltigen Transferleistungen führen wird. Doch das wäre noch gar nichts im Vergleich zu den Folgen eines türkischen EU-Beitritts. Die aus der Türkei zu erwartende gigantische Einwanderungswelle würde von Mitteleuropa in seiner heutigen Form nichts übriglassen. Die USA üben immer stärkeren Druck auf Brüssel aus, die nahezu gänzlich im asiatischen Erdteil gelegene Türkei in die EU aufzunehmen und damit als wichtigen militärischen Brückenkopf der USA noch enger an die «westliche Wertegemeinschaft» zu binden.

Von der Volksschule zur Volksverdummungsanstalt

Elternerfahrungen mit dem Zürcher Schulwesen im Jahre des Herrn 2004

Wenn zu früheren Zeiten Eltern ins Schulhaus gebeten wurden, war das kein gutes Zeichen. Meistens hatte ihr Kind etwas angestellt. Ich erinnere mich noch lebhaft daran, wie ich mich als Fünftklässler, von der Lehrerin beim Schwatzen während des Unterrichts erwischt und vor die Türe gewiesen, entschloss, ihre Anordnung «Christoph, gang vor d'Türe» einfach nicht zu hören. So stellte ich mich also taub, was zu einer längeren Störung des Unterrichts und eben dazu führte, dass meine Eltern in die Schule kommen mussten. Das wiederum hatte dann allerdings zur Folge, dass ich nicht nur zehn Seiten Strafaufgaben schreiben musste, sondern zu-



Warum Deutsch lernen, wenn Ausländer bald Mehrheit sind?

hause auch noch den Teppichklopper näher kennen lernte. Nun, das war 1970. Heute ist manches ganz anders geworden, und das ist sicher nicht nur schlecht. Die Eltern werden intensiv ins Schulgeschehen einbezogen und z.B. regelmässig zu Elterngesprächen aufgeboten.

«Neue Pädagogik»

Zu einem solchen Gespräch nahm ich eine Prüfungsarbeit unserer Tochter im Fach «Mensch und Umwelt» mit. Über die Steinzeit hatte sie zwar bestens Bescheid gewusst, zugleich aber haufenweise Rechtschreibfehler zu Stande gebracht, und davon hatte die Lehrerin nicht einen einzigen korrigiert! Auf meine Frage, weshalb dies nicht geschehen sei, erwiderte sie mir, das sei eben die neue Pädagogik. Orthographiefehler würden nur noch in der Rechtschreibstunde am Freitagmorgen korrigiert, und auch dort nur die ersten drei, denn sonst würden die armen Kinder demotiviert. Was ich denn wolle, unsere Tochter gehöre doch zu den Klassenbesten. Letzteres trifft offensichtlich zu, aber ich bezweifle, dass ihr die Primarschulnote 5-6 in Deutsch helfen wird, wenn sie dank der neuen Pädagogik an der Aufnahmeprüfung zum Gymnasium einen zwar interessanten, aber mit Fehlern gespickten Aufsatz abliefern...

An der Wand des Klassenzimmers hing immerhin ein Plakat mit einigen Rechtschreibregeln auf Anfängerniveau. Ich wies die Lehrerin darauf hin, dass schon diese ausgereicht hätten, um die Fehlerzahl der Steinzeit-Arbeit zu halbieren, und wurde prompt belehrt, dass die Kinder diese Regeln erst am Ende der 6. Klasse beherrschen müssten. Weitere Erkundigungen ergaben, dass gegen einen solchen Umgang der Schule mit Lernzielen

nichts zu machen ist, denn es existiert

kein verbindlicher Lehrplan

mit klaren Vorgaben, wann welche Ziele und Leistungen erreicht werden müssen!

Man muss heutzutage froh sein, wenn wenigstens der Unterricht einigermaßen regelmässig stattfindet. Meistens ist auch das nicht der Fall. Mal gibt es eine Theaterwoche, dann wieder irgendeinen Workshop, Sport-, Schlittel- oder Walderlebnistag. Immer wieder fehlt die Lehrerin zwecks Weiterbildung, obwohl diese doch auch während der insgesamt zwölf Schulferienwochen stattfinden könnte. Dazwischen werden die Schüler zum Verkaufen irgendwelcher Abzeichen abdisponiert oder kommt ein Funktionär von «Terre des hommes», der ihnen zwei Stunden lang den Kopf mit «Kinderrechten» vollschwätzt. Manche dieser Aktivitäten mag man den Kindern als Abwechslung gönnen, aber alles zusammen ist einfach zuviel. So

geht bald die halbe Unterrichtszeit verloren

und es ist nicht verwunderlich, dass das Leistungsniveau immer weiter absinkt.

Im Klassenzimmer sitzen die Schüler nicht mehr in Bankreihen, sondern an «Gruppentischen», was zur Folge hat, dass der Blick der meisten Schüler nicht zum Lehrer gerichtet ist. Einige sitzen gar mit dem Rücken zu Lehrkraft und Wandtafel – so lernt man sicher am meisten!

In der Klasse unserer Tochter sind von 21 Schülerinnen und Schülern 17 Schweizer – wenigstens auf dem Papier. Beim genaueren Hinschauen merkt man, dass zu den vielen Schweizern mindestens sieben Kinder fremdsprachiger Herkunft zählen, darunter ein Jun-

ge aus Schwarzafrika, der noch kaum Deutsch spricht. Obwohl auf diese Weise die Überfremdung vertuscht wird, weist die Statistik für die Volksschule der Stadt Zürich einen Ausländeranteil von mehr als 40 Prozent aus. Effektiv dürfte der Anteil der Kinder, die zuhause fremdsprachig aufwachsen – darauf kommt es in diesem Zusammenhang an – schon längst 50 bis 60 Prozent betragen. Die Kinder einheimischer Herkunft sind in der Minderheit, und weil sich eine solche überall auf der Welt der Mehrheit anpasst, beginnen Schweizer Kinder «Balkan-Slang» zu sprechen! Das steigert ihre Leistungen im Fach «Deutsch» enorm. An der Tramhaltestelle ruft man z.B.:

«Hey Mann, da chunnt de Tram!»

Das ist dann gelebte «Integration». Unter demselben Motto teilt man neuerdings Kinder mit erheblichen Verhaltens-, Lern- und anderen Störungen in die Regelklassen ein. So sollen sie vor «Ausgrenzung» bewahrt werden. Auch in der mehrfach erwähnten Klasse sitzt seit kurzem ein Mädchen, das dem Unterricht kaum zu folgen

Englands Ängste...

Fortsetzung von Seite 3

chen erhielt und Grossbritannien eine Migrationspolitik der offenen Tür betrieb.


Soweit im Grossen und Ganzen der Beitrag aus der englischen Sonntagszeitung, der uns deshalb etwas angeht, weil auch wir angesichts unserer wenig bewachten, löcherigen Landesgrenzen die Folgen der EU-Osterweiterung zu spüren bekommen werden. Diejenigen, die glauben, unser schönes Land Helvetien bleibe wie eine Insel der Glückseligkeit von den Turbulenzen, wie sie z.B. Frankreich und England bereits kennen, in alle Ewigkeit verschont, geben sich gefährlichen Illusionen hin. Ihnen möge der Bericht aus England eine Warnung sein.

Korrigendum

Ärgerlicher Druckfehler!

Ausgerechnet bei der Veröffentlichung der Zahlen der neuesten Bevölkerungsstatistik der Schweiz hat sich in der letzten Ausgabe ein äusserst ärgerlicher Druckfehler eingeschlichen: selbstverständlich beträgt die Zahl der Neueinwanderer in die Schweiz 2003 nicht 9400 Personen, – schön wärs! – sondern 94'000, also wesentlich mehr als die Geburtenziffer, alle Ausländergeburten mitgezählt! Nur so lassen sich die Ausführungen, die anschliessend gemacht werden, verstehen.

Die Redaktion

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

vermag, ihn aber mit seinem «zappeligen» Verhalten andauernd stört. Das Ergebnis ist, dass die anderen Schüler dieses Kind bei Gruppenarbeiten nicht dabei haben wollen – Ausgrenzung pur – und es selber, hoffnungslos überfordert, immer wieder krankheits halber fehlt und schulisch noch weiter zurückfällt. Welchem Zweck diese «integrative» Schulung in Wirklichkeit dient, war kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» zu lesen. Da erklärte ein Winterthurer Schulbehördenmitglied ganz offen, es gehe darum, dass «die Leistungsunterschiede zwischen starken und schwachen Schülern nicht zu gross werden».

Leistung ist nicht gefragt

Wichtiger ist, dass alle gleich sind. Und weil es nun mal zufolge der natürlichen, genetisch bedingten Begabungsunterschiede unmöglich ist, alle Schüler zu Professoren zu machen, werden die begabten Schüler mittels solcher «Integration» systematisch gehindert, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Dann sind auch alle gleich – gleich

schlecht ausgebildet, siehe PISA-Studie! Und nachher geht dann das Gejammer los, wir hätten zuwenig hoch qualifizierte Arbeitskräfte und müssten solche aus dem Ausland rekrutieren...

Erziehung zum Papagei

Fremdsprachen lernt man seit jeher, indem man Vokabeln (einschliesslich deren Schreibweise) paukt, die Grammatik schrittweise kennen lernt und deren Anwendung systematisch – und immer wieder – einübt. Doch nun haben sieben gescheite Pädagogen und Didaktiker herausgefunden, dass man beim blossen Nachplappern von Sätzen mehr lernen soll. Auf diese Weise wird nun an den Zürcher Schulen Französisch unterrichtet. Der «Erfolg» ist durchschlagend. Unsere Tochter kennt zwar inzwischen einige hundert französische Wörter, weiss aber von den wenigsten, wie man sie schreibt. So heisst die Kartei, in welcher die Vokabeln verzeichnet sind – das gibt es wenigstens noch – bei ihr nicht «fichier», sondern «Fischie»! Sie kann vielleicht sa-

gen «Je sais bien parler français», ist aber unfähig, diesen Satz in die zweite Person zu setzen, geschweige denn in die Vergangenheit oder Zukunft. Und das nach 1½ Jahren Französischunterricht! Und das alles ist noch nicht einmal die Spitze des Unsinn. Neuerdings versucht man auch, Schülern Englisch beizubringen, indem man – ohne dass sie irgendwelche Vorkenntnisse dieser Sprache haben – z. B. Biologie und Geschichte auf Englisch unterrichtet. Wohin das führen muss, begreift nun wirklich jeder «Tubel» – aber die Bildungsdirektion anscheinend nicht.

Der Lehrer als Messer-Einsammler

Immer mehr erfahrene Lehrer kehren ihrem Beruf den Rücken. Das ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, welche Funktionen sie heute zusätzlich – und immer mehr anstelle des Vermitteln von Bildung – übernehmen müssen: Hilfspolizist (Waffeneinsammler), Hilfspsychiater, Ersatzvater/-mutter, Ausländerintegrator, Sozialarbeiter und, wenn – wie ebenfalls geplant – das Einschulungsalter

früher angesetzt wird, vielleicht bald auch Windelnwickler!

Langsam, wirklich langsam beginnt das Zürichervolk zu erkennen, wie sein ehemals gutes Bildungswesen von Ideologen aus der 68er-Zeit, die ihren «Marsch durch die Institutionen» hinter sich haben, systematisch zugrunde gerichtet wird. So hat es kürzlich ein neues Volksschulgesetz abgelehnt, in dem «Reformen» der oben beschriebenen Art definitiv verankert werden sollten. Doch das kümmert weder die Politiker noch die «neuen Pädagogen». Alles läuft weiter wie bisher...

Damit eines klar ist: Der Verfasser dieser Zeilen ist kein VPM-Anhänger und trauert auch nicht der Zeit nach, als es im Schulhaus noch Ohrfeigen hagelte und der Schulmeister mit dem Lineal «Tatzen» gab.

Er ist nur ein Vater, der nicht verstehen kann, dass die Kinder in der Schule immer weniger lernen, und der sich nun gezwungenermassen des Abends als Lehrer betätigt.

*Christoph Spiess,
e. Gemeinderat SD, Zürich*

Muslime: Beunruhigende Perspektiven

Unter der Überschrift «Bald wird es mehr Muslime als Christen geben» veröffentlichte die Tessiner Sonntagszeitung «Il caffè» vom 21. März 2004 einige interessante Äusserungen aus dem Munde von Professor Sami Aldeeb, Dozent für islamisches Recht am schweizerischen Institut für vergleichbares Recht in Lausanne.

«Ich darf keine Interviews mehr geben», sagte dieser Gelehrte, der am Samstag vorher mit dem «Blick» geplaudert hatte, und dessen Vorgesetzte ihm nahegelegt hatten, zu schweigen. Dies vor allem deshalb, weil er von seinen Erklärungen in Bezug auf die islamische Frage in der Schweiz voll überzeugt ist. «Das eigentliche Problem besteht darin», führte er aus, «dass es **in 20 Jahren in der Schweiz mehr Muslime als Christen geben wird.**» Gemäss dieses Dr. iur. palästinensischen Ursprungs leben zurzeit in der Schweiz 310'000 Muslime. «Zu diesen», erklärt er gegenüber «Blick», «müssen die Illegalen, also weitere 150'000 Personen, dazugezählt werden. So wird sich deren Anzahl alle zehn Jahre verdreifachen.» Gemäss Aldeeb bedeutet dies, dass «...innert 20 Jahren die Muslime zahlreicher als die Christen sein werden». Und für den Gelehrten besteht das Problem in der Tatsache, dass **bei den Muslimen die Re-**



Blick in eine Basler Volksschule: Der Streit um ein mögliches Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen und Schülerinnen zerreisst die Linke. Die einen meinen «Multikulti» ernst und wollen Ausländern keine Bekleidungs-vorschriften machen. Die anderen sehen in der islamischen Kopfbedeckung ein Hindernis auf dem Weg zum globalen Einheitsmenschen, der sich nicht mehr nach Religion und Kultur, Nationalität und Volkstum unterscheiden soll. Weder die eine noch die andere linke «Denkschule» orientiert sich am Erhalt der schweizerischen Identität.

ligion gegenüber dem Gesetz den Vorrang hat. «Von ihrem Standpunkt aus», erklärt er, «ist das Gesetz dasjenige Gottes.» Selbst wenn einige Muslime vollkommen integriert sind, so gibt es andere, die es laut Aldeeb nicht sind. «Das islamische Recht», erklärt der Universitätsdozent, «gewährt jedem Mohammedaner vier Ehefrauen. Und ich weiss von Muslimen, die, **ohne Wissen der helve-**

tischen Behörden, mehr als eine Gattin haben. «Aber nicht nur dies; Aldeeb geht noch weiter. Er vertritt nämlich die Ansicht, dass so **eine Art Staat im Staat** entstehen könnte nach dem Muster dessen, was in Grossbritannien vorgeht. «Dort», so unterstreicht er, «haben die Muslime ihr eigenes Parlament gebildet.» Ohne den Kosovo zu vergessen, «wo sie **ihre eigenen Gesetze** einführen oder andernfalls

eine autonome Region errichten wollen.»

Geburtenmässiger Krebsgang

Kein Wunder, dass diesem Rechtsgelehrten ob seinen brisanten Äusserungen der Maulkorb umgehängt wird. Das gewöhnliche Volk soll keinesfalls beunruhigt werden, sondern sich in – falscher – Sicherheit wiegen!

Selbst wenn eine während 10 Jahren gemachte Feststellung – hier die Verdreifachung der Anzahl Muslime in der Schweiz – nicht ohne weiteres auf eine Zeitspanne von 20 Jahren extrapoliert werden darf, da in der heutigen schnelllebigen Zeit Unvorhergesehenes eintreten und die Entwicklung in andere Bahnen lenken kann, so wäre es leichtsinnig, die These Aldeeb's als blosses Hirngespinnst abzutun. In Anbetracht der grösseren Kinderzahl der muslimischen Familien und der unaufhörlichen Zuwanderung aus dem afro-asiatischen Raum einerseits und des geburtenmässigen Krebsgangs der einheimischen schweizerischen Einwohnerschaft andererseits ist die muslimische Bevölkerungsmehrheit doch nur eine Frage der Zeit – es sei denn, der unheilvollen Entwicklung werde radikal Gegensteuer gegeben. Die Zeitbombe hat jedenfalls zu ticken begonnen!

Max-P. Morf, Genf

Handeln die irakischen Widerstandskämpfer wirklich in blinder Wut?

In den Ostertagen dieses Jahres war im Irak wahrhaftig «der Teufel los». Nach Monaten relativer Zurückhaltung lehnt sich die schiitische Bevölkerungsmehrheit in wilder Entschlossenheit gegen die amerikanischen Besatzer und ihre Verbündeten auf. Und diese schlagen mit Hilfe ihrer hoch überlegenen Waffentechnik brutal und rücksichtslos zurück.

– Die Iraker schändeten vier amerikanische Sicherheitsagenten und bezahlten dafür teuer mit dutzenden von Toten und hunderten Verletzten. Mit Kampfhelikoptern, resp. Turbo-prop-Flugzeugen schiessen die amerikanischen Truppen in Menschenansammlungen ohne Unterscheidung von Kämpfern und Zivilpersonen.

– In Falludscha schiessen sie eine Moschee zusammen und töten dabei 25 Kinder und 18 Frauen, die im Gotteshaus Zuflucht gesucht hatten.

Damit haben die Amerikaner zweifellos den Rubikon überschritten, und der «heilige Krieg» ist unseligerweise Tatsache geworden. Kurz vor Ostern kommen innert dreier Tage 35 Soldaten der Koalitionstruppen, davon 12 US-Marines, ums Leben. Täglich finden blutige Zusammenstösse statt, wobei die Opferzahlen ungefähr mit 10:1 zu Lasten der Iraker (vor allem der Zivilbevölkerung) angegeben werden. Es fehlte gerade noch, dass ein hoher amerikanischer Offizier verkündet haben soll, ein toter amerikanischer Soldat bedeute ihm mehr als 1000 tote Iraker! Als negative Höhepunkte mögen gelten, dass

- polnische Soldaten einen iranischen Kleinbus mit Pilgern zusammengeschossen und alle Insassen getötet haben;
- japanische Helfer der Truppe als Geiseln genommen wurden und ihnen ein grauenvolles Ende angedroht wurde, falls die Japaner ihre Truppen nicht zurückziehen würden;
- die USA massive Verstärkung ihrer Besatzungstruppen ankündigen;
- die USA bei Bagdad in Windeseile einen gewaltigen Stützpunkt für 3000 Soldaten bauen und damit ihr Versprechen von der raschen Übergabe der Regierungsgewalt Lügen strafen.

Wenn Lügen zum Normalfall wird!

Wenn Präsident Bush noch am Mittwoch der Karwoche in einer

Wahlkampfrede behauptete – dank dem Sturz von Saddam Hussein entsteht im Nahen Osten eine Demokratie und – die Welt ist freier und Amerika sicherer geworden



US-Soldaten im Irak

so beweist er damit entweder seine völlige Unwissenheit oder – was wahrscheinlicher ist – er versucht durch eine faustdicke Lüge von den dramatischen Entwicklungen im Irak (Volksaufstand), in den USA (Entwicklung zum Überwachungsstaat) und der ganzen Welt (Terrorgefahr als Folge des heiligen Krieges der Islamisten) abzulenken. Sicher ist, dass die amerikanische Politik der letzten 25 Jahre den weltweiten Terrorismus erst zum Blühen gebracht hat. Die Drohungen von Bush jun., in Zukunft kleinkalibrige Atombomben zur Disziplinierung widerspenstiger Staaten einsetzen zu wollen, tragen wenig zur Glaubwürdigkeit wohltonender amerikanischer Deklamationen – die Menschenrechte betreffend – bei.

Wenn im «Bund» vom 2. April getitelt wurde: «Blindwütiger Hass auf die USA» und im Untertitel gesagt wird: «Die Amerikaner haben ihren Kampf um die Herzen der Iraker verloren», so stimmen wohl beide Aussagen nicht.

Der Hass auf die USA und den Westen ist – leider, leider – nicht blind, sondern als ein Ergebnis phänomenaler Vergehen gegen die Völker der dritten Welt nur allzu begründet.

Die Amerikaner haben zu Beginn des Feldzuges keinen Kampf um die Herzen des Volkes geführt, sondern dieses Volk sträflich brüskiert.

Wieso sonst hätten die Truppen beim Einmarsch in Bagdad weder Spitäler noch Museen, noch Moscheen und Friedhöfe geschützt, sich dafür aber sofort um das Ölministerium und andere Zentren der wirtschaftlichen Macht gekümmert?

Wieso sonst war und ist ihnen die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, medizinischen Hilfsmitteln und Lebensmitteln so wenig wichtig?

Wieso sonst ruinierten sie hemmungslos die öffentliche Sicherheit durch Zerschlagung des gesamten Polizeiapparates?

Die Versuche des Wiederaufbaus einer Sicherheitstruppe und einer Übergangsregierung mit z.T. völlig ungläubwürdigen Exilirakern zeugt von sehr wenig Sensibilität gegenüber einem geschundenen Volk. Dazu kommen schwere historische Lasten, die sich im NachkriegsIrak äusserst erschwerend auswirken müssen.

Die letzte Entwicklung, wonach sich jetzt Schiiten und Sunniten im Kampf gegen die Besatzungsmacht zusammenzufinden scheinen, lässt wenig mehr von einer «blinden Wut» erkennen.

Rückblende!

Als 1968 die säkulare Baath-Partei die Macht im Irak übernahm, hatten die USA nichts dagegen einzuwenden. Auch nicht, als Saddam Hussein nach der Erkrankung des Präsidenten Baqr das Präsidentenamt an sich riss. Und doch waren die «Qualitäten» dieses Mannes schon damals legendär. Ein hochrangiger Vertreter der amerikanischen Politik formulierte es so:

«Wir wissen, dass er ein Hurensohn ist – aber er ist **unser Hurensohn!**»

Tatsächlich wurde Saddam Hussein zum Hätschelkind des Westens, als Ayatollah Khomeini das persische Kaiserreich in einen schiitischen Gottesstaat verwandelte. Irak wurde von den USA massiv unterstützt, als sein Präsident den Krieg gegen den Iran eröffnete. Von 1980 bis 1988 wurde Saddam Hussein von Ronald Reagan und seinem Vizepräsidenten George Bush als Schwertträger der amerikanischen Golfpolitik geschätzt. Vom damaligen französischen Premier Jacques Chirac wurde er als «ami de la France» gepriesen; er verkaufte ihm modernste Waffen, mit denen die Iraker und die Kurden bekämpft werden konnten. In kritischen Phasen des Iran/Irak-Krieges intervenierten die USA sogar militärisch zu Gunsten von Saddam Hussein.

Im August 1982 drohte das Kriegsgeschehen vollständig zu Gunsten der Iraker zu kippen. In dieser Situation befahl Saddam Hussein

unter Missachtung der Haager Kriegsrechtskonvention den massiven Einsatz von chemischen Waffen. Dieser Einsatz dauerte mehrere Jahre und kostete den Iranern zehntausende von Toten und schliesslich den Sieg. An dieser Stelle sei ein Abschnitt aus P. Scholl-Latours «Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?» zitiert:

Im Westen regte sich keine einzige berufene Stimme des Protests. Keine Human-Rights-Organisation oder Friedensbewegung meldete sich zu Wort, um die flagrante Missachtung des elementaren Völkerrechts anzuprangern. Die Verwendung von Giftgasen unterschiedlicher Zusammensetzung wurde von der internationalen Staatengemeinschaft geflissentlich ignoriert. – Die Granaten, mit Lost, Sarin, Tabun und anderen Kampfstoffen gefüllt, stammten ursprünglich aus der Sowjetunion, ehe Saddam seine eigene Produktion aufnehmen konnte. Auch deutsche Firmen und amerikanische Chemiker sollen am Bau irakischer C-Waffen-Fabriken massgeblich beteiligt gewesen sein.

Nach dem siegreichen Abschluss des Iran/Irak-Krieges ging Saddam Hussein gegen die aufständischen Kurden in der eigenen Nordprovinz vor. Als es dort zu verlustreichen Kämpfen kam, wandte er auch dort Kampfgase an. Er beschoss im Frühjahr 1988 die Kurdendörfer und vor allem die Stadt Halabaja mit seinen Giftgranaten. Und hier nochmals ein Zitat aus dem Buch von Scholl-Latour:

Dieses Mal hatte der Diktator von Bagdad die Rechnung ohne die selektive Entrüstung und doppelte Moral der amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit gemacht. Im Gegensatz zu den Leichenhaufen vergaster Iraker, die niemand sehen wollte, wurden die Bilder der vergifteten Kurden-Familien in sensationeller Presse- und Fernsehaufmachung publiziert. Für Saddam Hussein, der das militärische Potenzial seiner persischen Todfeinde unter immensen eigenen Opfern auf einen bescheidenen Restbestand reduziert, der dem fundamentalistischen Drachen die Zähne gezogen hatte, galt nunmehr das Wort: «Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...»

Die bisherige Schutzmacht UdSSR befand sich in jenem Moment im inneren Zerfall und Gorbatschow dachte nicht daran, George Bush in den Arm zu fallen, als dieser sei-

nen bisherigen Schützling liquidieren wollte.

Vordergründig waren die Raketen und die chemischen Kampfstoffe, die Saddam Hussein so überaus nützlich (aus amerikanischer Sicht) zur Eindämmung des schiitischen Fundamentalismus eingesetzt hatte, eine unerträgliche Bedrohung für den mit den USA inigst verbundenen Judenstaat und Saudi-Arabien geworden. Bagdad musste registrieren, wie die amerikanischen Massenmedien plötzlich eine riesige Kampagne gegen den Irak inszenierten. Und – nota bene – dies war noch bevor von der Kuwait-Affäre überhaupt die Rede war. Der Feldzug gegen Saddam Hussein, zumindest dessen Reduzierung auf die Rolle eines gefügigen Vasallen der USA, war beschlossene Sache, denn Amerika wollte (und will) seine Macht über das ölfreiche Golfgebiet festigen. Die Kuwait-Affäre lieferte dazu den weltweit akzeptierten Vorwand.

Im Vorfeld der Aktion fanden diplomatische Verhandlungen statt. Der irakische Präsident zeigte sich starrköpfig, und so drohte am 9. Januar 1991 der amerikanische Außenminister James Baker dem irakischen Vizepräsidenten Tariq Aziz: «We are going to bomb you in the preindustrial age!»

Tatsächlich flogen die Alliierten zwischen dem 17. Januar und 18. Februar 1991 106'000 Luftangriffe und zerstörten einen Grossteil der Infrastruktur und die militärischen Ziele. Als sogenannte Kolla-



Erschütterter GI vor Kameradengrab

teralschäden fielen Hekatomben toter Soldaten und Zivilisten an.

Dann, am Ende des Krieges – die irakische Armee war in völliger Auflösung begriffen und auf der Flucht vor der erdrückenden Übermacht der amerikanischen Waffentechnik – als jedermann den Sturz von Saddam Hussein erwartete, stellten die Amerikaner die Kämpfe am 28. Februar 1991 mit fadenscheinigen Begründungen ein. Tatsächlich hatten weder die USA noch Saudi-Arabien oder die Türkei ein Interesse am Zusammenbruch des Baath-Regimes. Bestand doch die Gefahr, dass im Süden des Iraks ein schiitischer Gottesstaat nach iranischem Muster entstehen könnte, und die Kurden wollten eine kurdische Republik gründen. Das aber passte keineswegs in die geopolitischen Absich-

ten Washingtons, und so liess man vorerst den Zentralstaat Irak unter Saddam Hussein weiter bestehen. Allerdings – nun wurde die bekannte Blockade verhängt, die 10 Jahre Not für die Zivilbevölkerung, Demütigung für die politischen Machtträger und wachsende Verzweiflung für das ganze Volk bedeutete. Doch die USA blieben stets unerbittlich und versuchten über die CIA mehrmals vergeblich, den ungeliebten Starrkopf zu liquidieren.

Mit Beginn der Ära Bush jun. wurde nun der 2. Golfkrieg vorbereitet. Als Kriegstreiber sind die beiden Namen Dick Cheney (jetziger Vizepräsident und ehemaliger CEO der grössten Kriegsgewinnler Firma Halliburton) und Richard Perle, der Präsidentenberater (der in den eigenen Reihen als «prince of darkness» apostrophiert wird) zu beachten.

Wie es inzwischen allgemein bekannt ist, waren alle Gründe für den 2. Golfkrieg nichts als Vorwände oder härter gesagt unverschämte Lügen. Dessen ist sich übrigens die ganze arabische Welt bewusst.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass der offizielle Kampf gegen den Terror als reiner Vorwand für die Installierung der amerikanischen Vorherrschaft über die natürlichen Ressourcen dieser Welt beurteilt wird.

Damit aber ist die Basis für immer neuen Terror, die Waffe des Unterlegenen, gelegt.

Und schliesslich ist eine Erinne-

rung der jüngsten Geschichte in den Köpfen der Iraker noch sehr lebendig, welche die Amerikaner als falsch und heimtückisch erscheinen lässt. Man erinnere sich: Unmittelbar vor der Bodenoffensive im Februar 1991 hatte Präsident Bush sen. alle Regimegegner zum offenen Widerstand aufgerufen. Die Schiiten im Süden und die Kurden im Norden des Iraks befolgten den Aufruf und – wurden nachher von den Amerikanern völlig im Stich gelassen (was insbesondere die Schiiten betrifft).

Damit verbuchte die amerikanische Orient-Politik kurzfristig einen doppelten Erfolg. Saddam Hussein war als grausamer Unhold diskreditiert (der mit seinen republikanischen Gardien die eigenen Landsleute zusammenschossen liess) und die Schiiten des Irak wurden als potenzielle Verbündete des iranischen Gottesstaates massiv dezimiert. Es war eine Aktion der Amerikaner nach dem Vorbild von Stalin im Falle des Warschauer Aufstandes gegen die deutschen Besatzer. Für diesen Zynismus der damaligen Bush-Regierung kassieren die amerikanischen Soldaten der heutigen Bush-Regierung zur Zeit im irakischen Süden eine bittere Busse.

Und damit noch einmal die Frage: **Ist der Kampf der irakischen Schiiten wirklich nur das Ergebnis einer blinden Wut?**

Die Antwort möge sich jeder Leser selber geben.

Hans Spitz, Köniz

Schengen-Beitritt



Offene Grenzen – dank Schengen?

WS. Der in diesen Tagen propagierte Beitritt zu Schengen wäre das Ende der unabhängigen Schweiz. Die EU würde bestimmen. Am Gotthard würde – wie am Brenner – der Transit-Schwerverkehr einfach freigegeben – basta! Von anderen Dingen gar nicht zu reden... doch, da wäre noch das Bankgeheimnis! Wenn dieses total offen gelegt werden müsste, wäre der

Zufluss von Geldern zu Ende. Das Geld würde rar, d.h. die Zinsen für Hypotheken, für Wirtschaftsgelder und für jeden Kredit müssten massiv steigen. Wiederum würde unser Land einen der wenigen, noch fragenden Standortvorteile verlieren. Die Mieten würden noch teurer, viele weitere Betriebe ausgelagert und überall Billigarbeiter aus der EU-Osterweiterung angestellt. Wiederum würden viele ihren Arbeitsplatz verlieren; dabei sind unsere Sozialwerke ohnehin pleite...

Wohin müssten dann wir Schweizer gehen? Aber wiederum unterstützen Linke und Grüne einen Schengen-Beitritt. Da ist jeder

Kommentar überflüssig. Dabei ist die Kontrolle der Banken heute mehr als scharf und lückenlos. Es geht doch darum, unser Land und unsere Wirtschaft zu demontieren! Wenn Deutschland immer mehr Druck auf den Flughafen Kloten

macht, wäre es sicher sinnvoll, diesen Herren aufzuzeigen, wieviele deutsche Mitarbeiter und Grenzgänger täglich ihr sicheres Auskommen in der Schweiz finden – nicht zuletzt dank dem Wirken des Flughafens Kloten!

Gedanken zur Mehrwertsteuer-Erhöhung

WS. Mehrwertsteuern gibt es in der EU, so 15 Prozent in Deutschland und 25 Prozent in Dänemark. Mit Blick auf den Sozialstaat ist diese Steuer besonders verwerflich, denn sie trifft die Einkommensschwächsten am härtesten. Die kleinen Leute geben praktisch jeden Franken für den Konsum aus, und bei jedem Einkauf zahlen sie ihren «Obolus». Wird die Mehrwertsteuer in der Schweiz angehoben, ist dies eine EU-Anpassung, die von linken und grünen Parteien mit sozialem Mäntelchen be-

grusst und unterstützt wird. Eine Senkung dieses Satzes wird ganz bestimmt nie mehr in Frage kommen, denn es geht diesen Parteien um die Anpassung an die EU, damit später ein Beitritt umso leichter erfolgen kann!

Firmen und Lieferanten geben zudem die Steuer den Endkunden weiter, also uns allen und den Familien. Der tiefe Satz in unserem Lande ist für viele überlebenswichtig und ein äusserst wertvoller Standortvorteil für ungezählte Arbeitsplätze.



Nidwalden/Obwalden













SD-Referendum gegen Hundesteuer steht

Das Referendum der SD gegen die überrissene Hundesteuer ist mit 274 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen. Die SD wehren sich gegen die Erhöhung der Hundesteuer von bisher Fr. 15.- auf neu Fr. 120.-. Gemäss neuem Hundegesetz soll zudem ein obli-

gatorischer Besuch einer Hundeschule Pflicht und eine Hundechip-Tragpflicht eingeführt werden. Dank der SD können nun die Stimmbürger von Nidwalden über diese unsinnigen Forderungen abstimmen.
*Beatrice Maissen,
Aktuarin SD-Unterwalden*

Veranstaltungskalender

	Schweiz	SD-DV am 8. Mai 2004, ab 10.30 Uhr im Restaurant Bären, Bern-Bümpliz
Kanton	Sektion	Veranstaltung
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern; GV 8. Mai 2004, 19.30 Uhr, Rest. Schützenhaus, Schulungsraum, 3. Stock, Allmend, Luzern
	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 31. März und 28. April, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Parolen



Stadt Zürich

SD: Ja zur Erweiterung des Schulhauses Falletsche

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für die städtische Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 die folgende Empfehlung beschlossen:

Objektkredit von 27,9 Mio. Franken für die Erweiterung des Schulhauses Falletsche Ja
Zufolge der fortschreitenden Überbauung der Grün- und Landwirtschaftsflächen ist nun auch der Bedarf an Schulraum im Quartier Leimbach gewachsen. Obwohl diese Entwicklung unerfreulich ist und trotz der sehr hohen Kosten stimmen die SD der beantragten Schulhauserweiterung im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu.



Stadt Bern

Der SD-Kantonalvorstand Bern hat für die Kantonale Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 folgende Empfehlung beschlossen:

152-Millionen-Projekt Tram Bern-West Nein
In Zeiten von leeren Staatskassen können dem Steuerzahler keine nicht zwingend notwendigen Millionen-Projekte aufgebürdet werden.

Valentin Oehen spricht



Es ist uns eine Ehre, nach Jahrzehnten der Trennung unseren ehemaligen Zentralpräsidenten und Nationalrat Valentin Oehen in unseren Reihen begrüssen zu dürfen und zwar am **Dienstag, 11. Mai 2004, etwa 20.45 Uhr**. Ab 19 Uhr wird ein Apéro offeriert. Sie sind herzlich eingeladen. Restaurant «Bären», Bümplizstr. 150, 3018 Bern-Bümpliz.





Kanton Basel-Stadt



Sollen die BVB letztlich privatisiert werden?



BVB-Auslagerung, nein danke!

Von Festgesellschaften wird das Dante-Schuggi-Tramli von damals noch heute sehr geschätzt. Aber heute und morgen wünschen sich nicht nur die meisten Fahrgäste des OeV in Basel die moderne BVB in Kantonshand, auch die BVB-Angestellten selbst!

Solche Bestrebungen lehnen wir ab. Die Dienstleistungen bei den BVB sollen weder morgen noch übermorgen abgebaut werden. Auch darf nicht bei der Sicherheit gespart werden. Was jetzt politisch abgeht, ist eine Vorstufe für eine spätere Total-Privatisierung der BVB! Inzwischen wurde von gewerkschaftlicher und linker Seite (ausserhalb der SP!) und eben den Schweizer Demokraten, das Referendum gegen das BVB-OG (Organisationsgesetz) ergriffen und die nötige Zahl von Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht (beim Redigieren dieses Textbeitrages lief die Unterschriftensammlung noch). Aber nach Rücksprache mit den andern Organisationen und hinsichtlich des festgestellten Rücklaufes der unterzeichneten Unterschriftenbögen ist es gewiss, dass das Referendum auch zu Stande kommt).

«Machen wir die BVB nicht schlechter als sie es sind!», erklärte der SD-Fraktionssprecher Markus Borner u.a. am 10. März in der Debatte im Kantonsparlament und erntete von den zahlreich erschienenen BVB-Angestellten auf der Zuschauertribüne sogar Applaus. Die Basler Regierung beantragte dem Grossen Rat, die BVB zum selbstständigen, öffentlich-rechtli-

chen Unternehmen umzufunktionieren. Hinter vorgehaltener Hand wird natürlich gesagt, dass dies bloss ein erster Schritt Richtung Total-Privatisierung der BVB sei. Tatsache ist auch, dass die angestrebte «Auslagerung» bei den meisten BVB-Angestellten und breiten Bevölkerungskreisen auf grossen Widerstand stösst. Deshalb verfolgen die Regierung, zusammen mit den bürgerlichen Parteien und der Mehrheit der SP-Fraktion (inkl. dem SP-Regierungsrat Ralph Lewin) eine sogenannte Salamitaktik! Zuerst Auslagerung der BVB (was heute zur Diskussion steht), d.h. die BVB sind kein Staatsbetrieb mehr... und erst später folgt dann der totale Schnitt! Bedenklich ist, dass der DSP-Sprecher Stefan Maurer (und dies als Gewerkschafter!!) diese fragwürdige Vorlage gar noch unterstützte und in seinem Votum meinte, dass sich seine Partei erst einer Total-Privatisierung der BVB in den Weg stellen werde!

Keine Ausschlichtung der heutigen BVB!

Laut neuem BVB-OG kann die BVB-Direktion Aufgaben – in verstärktem Masse als heute – an Dritte vergeben, was letztlich heisst, dass Betriebszweige (Reparaturab-

teilung, Reinigung, usw.) durch immer billiger arbeitende private Anbieter erledigt werden. Damit wäre natürlich ein Qualitäts- und Sicherheitsabbau bei den BVB vorprogrammiert. Hierbei könnte es möglich sein, dass ein BVB-Schlosser wohl weiterhin an BVB-Bussen und Tramwagen Reparaturen vornehmen würde, jedoch nicht mehr als BVB-Angestellter, sondern als Lohnabhängiger einer Privatfirma; und dies zu einem tieferen Lohn!

Vorbereitung auf die Total-Privatisierung

Laut neuem BVB-OG heisst es in Paragraph 20: Sollten die BVB Ende Jahr einen Gewinn einfahren, so steht dieser dem Unternehmen zur Verfügung. Bei einem Defizit tragen die BVB dieses selbst; d.h. laut Leistungsvereinbarung sind die BVB auf sich alleine gestellt und dies heisst letztlich Dienstleistungsabbau, da ja eine merkliche Verteuerung der Fahrkarten und Abos kaum je gross zur Diskussion stehen wird. Auf gewissen Strecken könnten die «geschätzten Fahrgäste» u.U. auch mit den Folgen einer Ausdünnung des Fahrplans konfrontiert sein!

Eine solche Unternehmenspolitik zöge wiederum andere Nachteile mit sich!

An den Taten sollt' Ihr sie erkennen!

In der Debatte um das BVB-OG und den verschiedenen Abstimmungen hierzu lehnte auch die SVP ab. Aber aufgepasst: Die SVP sagte nicht Nein, um die BVB in kantonaler «Hand» zu behalten. Der SVP ging diese Vorlage zu wenig weit! Der SVP-Sprecher Roland Herzig verlangte gleich «sofort» eine Totalprivatisierung der BVB, was jedoch die andern Bürgerlichen und die SP-Mehrheit aus taktischen Gründen ablehnten. Die Referendumsfrist lief am 24. April ab. Allen, die dieses Referendum unterzeichnet – oder dafür gar Unterschriften gesammelt haben, sei herzlich gedankt. Aufgrund dieses Referendums werden die Basler Stimmbürger an der Urne selbst darüber entscheiden können, wohin denn die Fahrt mit den BVB nun gehen soll und diese Tatsache wird noch einigen Politikern, die sich ansonsten gern so volksnah geben – einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Markus Borner, Grossrat

Zur Intensivierung der deutschen Grenzkontrollen

Jedes Land hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sein Territorium wirkungsvoll zu schützen. Dazu gehören in erster Linie adäquate Massnahmen zur Sicherung der Landesgrenze. Mit der allseits mit Empörung konstatierten Verschärfung der Einreisekontrollen an der EU-Ausgangsgrenze leistet Deutschland einen massgeblichen Beitrag zur eigenen inneren Sicherheit. Eine Massnahme, welche die Schweiz seit langem bestenfalls noch vom Hörensagen kennt. Unzählige Asylanten, Kriminelle und Kriminaltouristen passieren tagtäglich die löcherige Grenze Richtung Schweiz mit dem einzigen Ziel, unsere komfortablen Sozialwerke zu plündern, bzw. uns Schaden zuzufügen. Dreistellige Millionenbeträge an Schwarzgeld werden Jahr für Jahr im Handgepäck aus Euro-Land in die Schweiz gebracht. Nichtsdestotrotz bezeichnet die Basler Regierung die bisherigen laschen, de facto inexistenten Grenzkontrollen als vorbildlich und bewährt. Die Schweizer Demokraten Basel-Stadt bezeichnen das als Skandal!

Und es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass die Basler Regierung nun den Bundesrat dazu bringen will, in Berlin vorstellig zu werden, um Deutschland zu bewegen, die «unhaltbaren Zustände» wieder aufzuheben.

Die Aufgabe der Basler Regierung wäre es vielmehr, den Bundesrat aufzufordern, das Schweizer Grenzwachkorps endlich mit den nötigen personellen und finanziellen Mitteln auszustatten, damit dieses seine Aufgabe zum Wohl unseres Landes und seiner Einwohner wahrnehmen kann.

Sicherheit kommt vor Bequemlichkeit. Reisenden wie auch Grenzgängern sind deshalb einige Minuten Wartezeit durchaus zuzumuten. Und wenn das für den einen oder anderen Grenzgänger unzumutbar erscheint und er künftig auf seine Stelle in der Schweiz verzichten will, so wäre dies ein willkommener Nebeneffekt, für den wir uns im voraus herzlich bedanken. Dann hätte nämlich mancher der 4813 Basler Arbeitslosen endlich wieder Arbeit.

SD-Medienmitteilung, Abdul R. Furrer, Grossrat SD, Basel



Kanton St. Gallen



Das sind die politischen Todsünden

(HW) Die Schweizer Demokraten der Sektion Wil und Umgebung luden zur 17. ordentlichen Hauptversammlung ins Restaurant Fass ein. Als Gastreferent wurde e. Nationalrat Hannes Steffen aus Fischenthal ZH eingeladen.

Wohlwend bleibt Präsident

Hans Wohlwend wurde, wie der übrige Vorstand, einstimmig gewählt. Somit wurde Wohlwend bereits zum 17. Mal als Präsident bestätigt. Die statutarischen Geschäfte wurden diskussionslos gutgeheissen.

Selbstversorgung

Nationalrat Hannes Steffen ging in seinem Referat auf die gemachten politischen Todsünden ein: Wie zum Beispiel, dass durch die WTO und den Bilateralen Abkommen den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben den Garaus gemacht wird, oder dass durch die Streichung des Getreideartikels in der Bundesverfassung, der Selbstversorgungsgrad laufend sinkt und wir dadurch zunehmend auf immer grössere Nahrungsmittelimporte abhängig werden. Und dass der Abbau der Pflichtlager von lebenswichtigen Gütern bei einem Versorgungsengpass katastrophale Auswirkungen haben wird.

Einwanderung

Von 1941 bis ins Jahr 2001 hat unsere Wohnbevölkerung von 4,3 auf 7,3 Millionen zugenommen. Dadurch wurden 750 km² vor allem flaches Kulturland mit Teer und Beton überbaut. Mehr Menschen

heisst doch mehr Dreck und mehr Umweltzerstörung, betont Steffen. Und wenn die Grünen und die SP sich für den Umweltschutz stark machen wollen, aber diesen Zusammenhang nicht einsehen, dann ist das milde gesagt, politische Schizophrenie.

Privatisierung

Zur heutigen Privatisierungs- und Globalisierungswelle meint Steffen, weniger Staat bedeutet mehr Privatisierung. Privatisierung bedeutet letztlich den Verlust an Mitsprache durch das Volk (Souverän).

Durch die Globalisierung müssen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden. Durch den enormen Abbau der Arbeitsplätze in Grossunternehmen wie Swisscom, und durch die grosszügigen Frühpensionierungen, fehlen jetzt zweistellige Milliardenbeträge in den Pensionskassen.

Zudem haben auch die Schulden beim Bund von 1984 bis 2003 von 37 Mia. auf 117 Mia. Franken zugenommen.

Und die Hypothekarforderungen der Banken sind im Jahr 2002 auf 540 Mia. Franken angestiegen. Was auf jede Person in unserem Land 74'000 Franken an Schulden ausmacht.

Die Gründe für diese negative Entwicklung ist die moderne Gesetzgebung, die den persönlichen Vorteil jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und mit dem «american way of life» jetzt auch bei uns der Materialismus, der Egoismus und der «Tanz ums goldene Kalb» regiert.



«Wir stellen das gemeinschaftliche Allgemeinwohl vor den persönlichen Egoismus, so ist unsere Politik aktueller denn je.» V.l.n.r.: Gemeinderat Marcel Haag, Präsident Hans Wohlwend und e. Nationalrat Hannes Steffen.



Kanton Thurgau



Am 16. Mai 2004: Ja zum SD-Referendum gegen den Ausverkauf der Heimat



Die SD wollen im Kanton Thurgau den Erwerb von Grundstücken und Liegenschaften durch Personen im Ausland verhindern. So befürchten die SD, das vermehrt kriminelle Organisationen und Einzelpersonen aus dem Ausland ihr schmutziges Geld durch Liegenschaftskäufe reinwaschen wollen.

Frapant schreiben und reden die Regierungsparteien immer nur vom Verkauf von Ferienwohnungen – nicht wie die Vorlage richtig sagt: «Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland»! Dies ist eine bewusste Irreführung der Stimmbürger, denn es geht in Tat und Wahrheit um möglichst grosse und teure Grundstücke, die verschachert werden sollen und natürlich erhoffen sich Unternehmer Folgeaufträge in Millionenhöhe – etwa zum Bau von Villen, Schlössern oder Gutsbetriebe. Nur von Ferienwohnungen zu reden, ist mehr als plumpe Augenwischerei, ja eine bewusste Täuschung der Stimmbürger!

Pro-Werbung mit Steuerfranken – ein echter Skandal!

(laut R.R. Koch rund Fr. 7000.–)
Ein vierstelliger Franken-Betrag Steuergeld bekommt das Ja-Komitee der Regierungsparteien vom Kanton für Werbezwecke vor der

Abstimmung. Schon die Aufwendungen für das Referendum und nun auch die Kosten für den Abstimmungskampf müssen die Schweizer Demokraten alleine tragen. Das sind Arbeiter und einfache Staatsbürger. Sogar die Nutzniesser dieser Verkäufe «an Personen im Auslande» sind auch jetzt – skandalöserweise auf der Seite der Subventionsempfänger. Ist das nicht ein handfester Skandal? Oder was ist es dann?

Eine fiese Unterstellung der CVP!

...allein schon der Begriff «Personen im Auslande» mobilisiere bei den Gegnern des Ausverkaufes gewisse Kreise... meinte eine CVP-Kantonsrätin. Sie meinte damit natürlich ausländerfeindliche Kreise. Wahrlich ein christliches Argument einer Carmen Haag von Stettfurt, einer christlichen Partei und einer Vertreterin dieser Partei! Es ist doch sonnenklar, je grösser die Nachfrage, umso höher die

Preise! Was natürlich viele Bodenspekulanten freut, aber letztlich dazu führt, dass immer mehr Betriebe ausgelagert werden müssen, obwohl kein einziger Lohn auch nur um einen Rappen erhöht wurde. Wahrscheinlich ist dieser rein geschäftliche Grundsatz für gewisse Kantonsräte einfach zu hoch!

Man wolle «den Tourismus unterstützen...», sagen die Befürworter!

Sogar die SP sagt Ja zur Verschärfung, obwohl die einfachen Leute, die Arbeiter und Alten am meisten von steigenden Mieten (infolge Nachfragesteigerung) betroffen sind und Familien nicht mehr wissen, wie sie die Rechnungen bezahlen sollen... Wohin sind die Linken gekommen? Aber auch jene Kapitalkräftigen aus aller Welt, die hier auf diese Art ihr Kapital steuergünstig anlegen wollen, haben die Unterstützung unserer Sozialdemokraten! Wir verstehen diese Welt nicht mehr! Und wie bitte soll mit solchen Machenschaften der Tourismus unterstützt werden? «Den Tourismus unterstützen», hiess der Zeitungstitel über die Medienkonferenz der Befür-

worter – wird es nicht mehr ungepflegte, vernachlässigte und verschandelte Liegenschaften geben; zum Ärgernis der ganzen Strasse? Das müsste doch den Menschen zuerst einmal aufgezeigt werden und zudem die Frage, wie kommt ein ganzes Quartier dann zu frischem Wasser?

«Geringe Auswirkungen, Herr Pernet...»?

FDP-Kantonsrat Alfred Pernet von Frauenfeld beschwichtigt, die Auswirkungen auf die Immobilienpreise seien gering und es bestehe keine Gefahr zu Walliser oder Tessiner Zustände (tote Dörfer)! Herr Pernet, warum wollen Sie dann diese Vorlage? Und noch eines, derartige Verkäufe wirken sich erst nach Jahren aus oder nach Jahrzehnten – wie im Wallis, Tessin oder Engadin. In zehn Jahren sind es 300 Liegenschaften, in 30 Jahren aber fast tausend. An dieser Wegmarke sind heute die obigen Kantone angekommen, die Zustände in vielen Dörfern sind erschreckend und nicht reversierbar!

Schweizer Demokraten, Referendumskomitee, www.sd-tg.ch, E-Post: SD-thurgau@bluewin.ch

Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Orientierungslos – suchend – irrt die Biene umher –
Sie findet keine Blumen mehr ...
Ausgedörrt – abgebrannt – zeigt sich die Erde –
Auf dass die Hoffnung erneuert werde ...

Doch auch die Hoffnung ist schliesslich verbrannt –
Weil der Mensch die Vorzeichen nicht verstand –
Baumsterben? Luftverschmutzung? Endlose, jahrelange Debatten –
Währenddessen unzählige Kreaturen ihr Leben verloren hatten...

Ewige Konferenzen – aber keine Taten –
Das Sterben der Erde – Sterben in Raten –
Und weiter so – Schritt um Schritt –
Nimmt der Tod der Erde uns mit...
Abgebrannte Wälder und Pflanzen –
Die keinen Sauerstoff mehr spenden –
Sie werden jämmerlich am Erstickungstod enden ...

Natur ist «out» – Zerstörung ist «in» –
Leben hat heute einen anderen Sinn:
«Fortschritt» – heisst das Zauberwort –
und der Fortschritt trägt uns fort –
immer mehr – dem Ende entgegen –
doch alles ohne Gottes Segen –
Gottes Wort haben wir schon längst vergessen –
Denn der Fortschritt macht uns blind und besessen –

Krieg überall – Unrecht und Krawalle –
Doch «Frieden» schreien alle...
Doch der Krieg muss weitergehen –
Gereinigt werden muss die Welt –
Von Mördern und vom schmutzigen Geld ...

Sereth

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Kein Wochenende ohne Gewalt

Wochenende für Wochenende erhalten wir durch unsere Kinder und ihren Kollegenkreis Einblick in die enorme Dimension dieser Problematik.

Die Aussage, eine Zunahme der Gewaltdelikte lasse sich statistisch nicht belegen, muss endlich einmal relativiert werden. Es stimmt, die Meldungen bei der Polizei haben nicht zugenommen, die Delikte dagegen massiv. Unsere Kinder und ihre Kollegen erleben kein Wochenende, ohne dass sie von ausländischen Jugendlichen angepöbelt, bedroht, ausgeraubt oder zusammengeschlagen werden. Doch keines der Opfer erstattet Anzeige, die Angst vor Repressalien durch die Täter ist zu gross. Mindestens 90 Prozent aller Geschä-

digten, auch solche mit schweren Verletzungen, stecken ein und schweigen. Die Angst der Jugendlichen beruht nicht, wie immer wieder gerne behauptet wird, auf Vorurteilen, sondern auf ihren selbst gemachten negativen Erfahrungen.

Es ist zur Kenntnis zu nehmen: Das Verharmlosen und Beschönigen der multikulturellen Gewaltspirale wird auf Dauer keine Lösung sein. Bei vielen jungen Schweizern gärt angesichts ihrer Ohnmacht eine masslose Wut. Wie lange werden sie es noch hinnehmen, sich im Namen der Toleranz von ausländischen Jugendbanden bedrängen und bedrohen zu lassen?

S. Roth, Niederuzwil

Einwanderungsstatistik

Im FACTS Nr. 15 war folgende Statistik zu lesen:

Der Islam ist die schnellst gewachsene Zuwandergruppe der vergangenen Jahrzehnte: 56'000 im Jahre 1980, 150'000 im Jahre 1990, 310'000 im Jahre 2000. Bekanntlich sind die Leute aus dem Islam nicht bereit, sich bei uns zu assimilieren.

1988 vertrat ich unsere Einwanderungs-Initiative an einer SVP-Delegiertenversammlung in Domat-

Ems. Der Gegenreferent war der damalige SVP-Ständerat Christofel Brändle. Von den SVP-Delegierten des Kantons Graubünden erhielt ich keine einzige Stimme.

In diesem Stimmverhalten ist der Unterschied zwischen Schweizer Demokraten und SVP ersichtlich. An der jetzigen totalen Überfremdung der Schweiz ist auch die SVP mehr als nur mitschuldig.

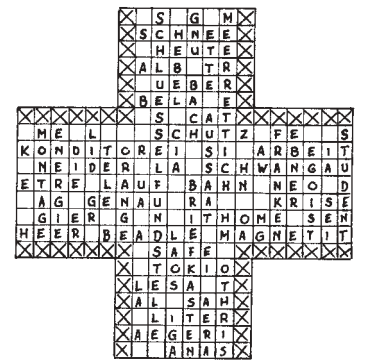
Kurt Koller, Lichtensteig/SG



Schweizer Demokraten

Lernen Sie das
Vakuum-Kochgerät
kennen, das mit nur 70° die meisten
vitamine, den Geschmack und fast alle
Mineralstoffe unverseht lässt!
(ab Fr. 360.- je nach Grösse)
Telefon 033 251 32 56

Spezielle Gelegenheit zum ¼-Preis:
Wasserbett
neuwertig, 200 x 200 ¼
mit 2 Heizungen. Preis: Fr. 1450.-
Telefon 033 251 32 56



Lösung: S C H L U E S S E L

Amst von Bernhard Hess 2
Emblem, Symbol Flus in Kenia
Erdstich Teil des Bruches
begrenzt. Anteil Nadelbaum
im Raum befindl. Feldherr Davids 1.1
Mittlauf Heuauflader
Spitzen. v. Eisenhose Geldinstitut 8
Stadt in Florida
Parteiaktion Freund d. Pamino
fruchtbar Ebene
Geltungsdrang Mittlauf
Boxbegriff Abk.
zweiter Neuschnee Griech. Gott
Gewächs Figur i. d. Zauberräbe
Glanzgewebe Fragewort
ugs: Sowieso
nicht Wirklich Streifenpferde
feiert. Empfang jemondn hoch maches
elektr. Mass Übersetzschiff
schwed. Schausp. engl: ist
alt-Bundeskant My fair ...
Glanzgewebe Fragewort
ugs: Sowieso
nicht Wirklich Streifenpferde
3
1/7 von: Neutral
engl: essen Stadt in Sibirien
hat die Rose 1/2 von: Rebe
1/2 von: Du
span. Erbauer Stadt in Dänemark
9
lat: beste! Mond d. Uranus
Mittlauf
Sohn von Noah A.T.
US Nachrichtens. Frauenname
chem. CH Turner Wandelstern
5
kurzer Gartensitz 14. Buchstabe
Initialen z. Einstein Schneller Zug, Abk.
er fehlt bei a, e, i, u
Umlaut
4
4
1
10
6
7

Die Politik steht und fällt mit ihren Grundlagen

Der Aare-Rehin Verlag führt Sie mit ausgewählten Schriften zu neutralen Fundamenten des selbständigen Denkens und Handelns. Jeder Einzelne kommt heute nicht mehr darum herum, die Wirklichkeit zu erforschen. Es braucht gewiss etwas Anstrengung, die sich aber lohnt. Eingeprägte Glaubens- und Gehorsamhaltungen müssen manchmal verlassen werden, wenn man begreift, was dahinter steckt. Sie können auch Frau Katharina Schmutz, (Pfarrerin, Schriftstellerin und Ernährungsforscherin) oder Herrn Johannes Bärtschi (Seminarlehrer für Pädagogik) für ein Referat in kleinerem oder grösserem Kreis zu heute lebenswichtigen Themen wie Erziehung, Ernährung, Geburt und Sterben und Grundlagen des gesunden Fortschritts einladen. Wir suchen die Wege zur Gesundheit in jeder Hinsicht anzugehen und wissen, dass noch viel Fehlinformation verbreitet wird.

Gewinnen Sie im Mai:
Prof. E. Drewermann: Das Markus-Evangelium 2 Bände, ca 1000 Sei-

ten; Video: Ernährungsvortrag von Katharina Schmutz; Eduard A. Meier: Macht der Gedanken...; Eduard A. Meier: «Das Phantom», Jugendroman; Eduard A. Meier: Die Art zu leben; Forschungserzählung von H. Harrer: 7 Jahre in Tibet; Roman von R. Wallace: Braveheart; Roman von Marion Zimmer Bradley: Dämonenlicht. Sie können auf der Karte notieren, wenn Ihnen einer der Preise besonders Freude machen würde. Vielleicht klappt's!

Die Zeit vergeht schnell und eine neue Ausgabe unserer Parteizeitung liegt vor. Auch dieses Mal darf das Rätsel natürlich nicht fehlen. Sinn und Zweck dieser Seite ist es doch, die Freundschaft und Bekanntheit unter Gleichgesinnten zu fördern. So freue ich mich jedesmal über Rückmeldungen und persönliche Gespräche aus unserer Leserschaft.

Inserenten gesucht

Natürlich bin ich persönlich ebenfalls über weitere Inserenten- und

Gewinner des letzten Rätsels:

1. Preis: **Paula Rihs**, 6900 Lugano;
 2. Preis: **Christian Moosmann**, 3154 Rüschegg-Heubach;
 3. Preis: **Sonja Lenzi**, 8037 Zürich
- Herzliche Gratulation!

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:
Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist der Samstag, 29. Mai 2004 (A-Post) – Viel Glück!
Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösung: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Liebe SD- und Rätselfreunde

Sponsorenanfragen erfreut. Ich habe mir zum Ziel gesetzt, diese Rätselseite mindestens ein bis zwei Jahre lang zu gestalten. So hat es sicherlich für alle Interessierten genug Platz. Melden Sie sich nur ungeniert! (Anmeldung und Beratung unter Tel. 033 251 05 34 oder schriftlich unter Schweizer Demokraten, Postfach 140, 3655 Sigriswil). So wünsche ich allen nun einen guten Abstimmungs- und Wonnemonat, und beim Rätseln viel Glück und Spass!

Barbara Zbinden, Sigriswil



Démocratie, droits de l'homme, économie = satanisme



Mary Meissner,
Vernier

Le 1er mai entreront dans l'U.E. 10 nouveaux membres qui devront accepter la nouvelle Convention élaborée par Giscard d'Estaing (francmaçon). C'est l'occasion de faire le point sur le déroulement des événements passés et à venir qui conditionnent ce déroulement inexorable de ce grand projet basé principalement sur la démocratie, les droits de l'homme et l'économie de marché. Sachant que la démoncrassie est issue de sectes sataniques franc-maçonniques, voici l'occasion en ce jour de Pâques fêté exceptionnellement ce 11 avril 2004 tant par les orthodoxes que par les autres nombreuses branches chrétiennes, de vous mettre en garde contre les forces maléfiques qui phagocytent l'humanité depuis la nuit des temps au travers d'une propagande mensongère prônée comme vérité.

En partant de l'an 197 après J.-C. on peut lire dans le livre de François M. Algoud que viennent de publier les Editions de Chiré, des textes gnostiques émanant des cainistes (ceux qui honorent Cain) issus de mouvements sataniques et francs-maçons qui sont encore en vigueur aujourd'hui y ajoutant un culte aux habitants de Sodome. Il y a aussi l'exorcisme qui est un ordre mineur dès la première moitié du 3^e siècle. Après la victoire de Constantin sur Maxence, le culte de l'archange Gabriel prit un nouvel essor parce que le paganisme avait été vaincu.

Le titre de ce livre est «Histoire et actualité du Satanisme – la Démocratie» qui parcourt 2000 ans d'histoire publico-religieuse en 455 pages, dont 212 sont consacrées aux événements tragiques engendrés par les sociétés secrètes. (révolutions, guerres, terrorisme, euthanasie, avortements, recrudescence de libertés sexuelles, lois muselières, etc.)

Il existe par exemple aujourd'hui, aux Etats Unis, un mouvement volontaire pour l'extinction de l'homme (C.H.E.M.T.), ce qui veut dire mettre un terme à la race humaine par choix (je vous laisse faire l'amalgame avec les événements actuels). Par conséquent on peut déduire qu'il y a bien un complot multiséculaire et même multimillénaire contre Dieu et l'humanité, servit par des êtres humains appartenant à des sociétés secrètes qui essaient depuis toujours, de détruire la société chrétienne surtout grâce à la franc-maçonnerie internationale.

La Charte des Droits de l'homme a été copiée presque mot ou mot sur l'Hymne à Lucifer d'Aleister Crowley, né en 1875 en Angleterre, père du satanisme moderne qui signait du chiffre de la Bête, 666. Il mourut drogué en 1947. En 1884, il créa la Fabian Society (33e degré de la société secrète franc-maçonnique du Rite Ecossais et Grand inspecteur du Rite égyptien de Memphis) très active de nos jours, en coordination avec la Trilatérale, le CFR, le Rotary, le Pugwash et j'en passe). Toutes ces sociétés n'ont qu'un but commun: répandre le socialisme sous toutes ses formes dans le monde entier, d'où l'élaboration de la Charte des Droits de l'homme sur le modèle de Crowley.

Un autre individu, Karl Marx, a écrit de nombreux poèmes et chansons à la gloire de Lucifer dans lesquels il livre à la damnation toute la race humaine. L'Histoire se garde bien d'ajouter aux horreurs soviétiques ce trait fondamentaliste de Marx qui a conduit tant de gens à la mort et dans des asiles psychiatriques.

La révolution espagnole a engendré une démocratie religieuse et politique qui a paupérisé toute la nation et divisé les Basques. Il en a été de même en France où la guillotiné républicaine dirigée par Satan a fait œuvre de démocratie qui phagocyte encore aujourd'hui la société française dirigée par plusieurs sociétés secrètes dont le

Grand Orient de France est le Grand Architecte de l'Univers, le Seigneur et Maître Satan. En Allemagne le national-socialisme a engendré le Nouvel âge ressemblant au néo pagansme, le tout conduisant à la philosophie athée dévastatrice de l'intellect et de la morale, les camps de concentration. Le mensonge satanique se pare encore maintenant du manteau de l'humanitarisme et de la démocratie.

Au Kenya même, le cardinal Maurice Michel Otunga, archevêque de Nairobi s'inquiète du culte satanique qui embrigade des jeunes gens pour adorer Satan, leur Seigneur et Sauveur (voir où ces théories ont conduit les Tutsis et les Hutus, peuplades proches).

La foi religieuse pour ces groupes secrets, c'est le culte de Satan, le Prince des Ténébres qui préside à toutes les cérémonies. Ajoutons que les Frères qui n'ont pas su deviner ce but suprême, restent toute leur vie «Princes du Royal Secret» avec l'anneau d'or. Les têtes pensantes, sans anneau, avançant dans le luciférisme-palladique, cachent le grand mystère à ces Frères gogos qui resteront plantés au 32e degré. Je comprends aujourd'hui pour

quoi je fus reçue si froidement au Temple des Rose-Croix à San José (USA), car en tant que roscrucienne du 33e degré de la franc-maçonnerie, j'étais ce gogo englué et aveuglé par les mensonges distillés à grand renfort de propagande que les néophytes avalent sans se poser de questions. Or j'avais beaucoup de questions à poser auxquelles je ne reçus aucune réponse.

Je compris alors beaucoup de choses et j'eus peur d'être mangée par une araignée immonde et menteuse et dès mon retour en Suisse, je démissionnai pour cause de santé, ce qui n'était pas tout à fait faux. Malgré toutes les menaces dont je fus l'objet de la part d'amis qui me voulaient du bien, je ne fus nullement importunée. C'est pourquoi j'insiste en ce jour de Pâques d'être attentif et méfiant, et faire preuve de retenue vis-à-vis des lois scélérates et des muselières qui se mettent on place subrepticement et par tranches sous prétexte économique-militaire. N'oublions pas que le mondialisme est une émanation de la franc maçonnerie qui s'appuie sur les Droits de l'homme, la Démocratie et les lois du marché inventés par des agents secrets très dangereux.

Le Pilori

Un prêté pour un rendu

La Suisse est, une fois de plus, attaquée par la bande, parce que ses citoyens ont la tête dure mais claire concernant l'Europe Unie. (Vu ce qui se passe, pas tellement unie). Ainsi ces messieurs de Bruxelles ont trouvé qu'il y avait de l'argent à prendre, à défaut du secret bancaire, en imposant des taxes de ré-exportation sur les produits et biens communautaires. C'est vraiment tordu. Ce qui me navre le plus, c'est que nos conseillers fédéraux, Merz on tête puisqu'il est aux Finances, ne réagissent que petitement à ces menaces, en ne brandissant que des mesures de rétorsion sur le mode subjonctif.

Comme un murmure, j'ai entendu que la Suisse pourrait mettre au chômage tous les frontaliers employés dans les domaines en question. Les projets bruxellois apparaissent tel un galet jeté dans l'eau provoquant quelques cercles extensifs et maintenant des pourparlers secrets. C'est une erreur de cacher les discussions au public tant suisse que français, allemand et italien, vu que ces trois pays membres de l'UE envoient chez nous leurs chômeurs par milliers. Même si ces travailleurs frontaliers sont nécessaire à nos PME et autres industries, dès le moment où ces employeurs devraient se sépa-

Un prêté pour un rendu

Suite de page 13

rer de leur personnel à cause d'une nouvelle taxe de réexportation grevant leur budget, Bruxelles la moscovite baisserait vite pavillon, en voyant revenir des milliers de personnes choquées, déçues et désespérées, l'accusant de jouer à qui gagne, perd. Le jeu n'en vaudrait pas la chandelle.

Clémence ou démenche?

Les deux complices moldaves qui ont assassiné la femme d'un douanier enceinte de jumeaux le 3 décembre 2002 au Tessin ont été condamné à des peines de prison de sept ans et demi pour le père et de six ans de réclusion pour le fils, plus expulsion du territoire suisse. Quant à la femme témoin du meurtre, elle n'a écopé que de 18 mois de prison avec sursis. Le comble, c'est que les avocats ont tous plaidé l'acquittement. Les juges tessinois doivent être malades dans leur tête pour ne pas avoir décrété une réclusion à vie pour cet assassinat honteux d'une femme de douanier présente à son domicile, et qui a dû payer de sa vie l'absence de son mari. Ce dernier était visé par cette bande de charognards parce qu'il avait procédé quelques jours auparavant, dans le cadre de son métier, à un contrôle sévère au passage de ces individus à la frontière.

On peut être sidéré par le laxisme de nos juges et je ne serai jamais assez féroce pour dénoncer l'injustice de la justice.

Chantage atomique

On peut se demander pourquoi ni l'ONU, ni les pays dits civilisés, ni les ONO, ni les institutions humanitaires ne crient au scandale atomique israélien, seul pays du Moyen et Proche Orient aujourd'hui à posséder une réserve de dizaines, sinon de centaines de bombes atomiques de longue et moyenne portée! Y aurait-il chantage là dessous, ce qui expliquerait le silence et les légères protestations qui s'élèvent contre la politique guerrière d'extermination faite par Israël on Palestine. «Taisez-vous et laissez-nous faire ou nous employerons la méthode forte, sous entendue atomique».

Dans le même temps El Baradei, le directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique appelle à instaurer une zone dépourvue d'armes de destruction massives au Proche Orient. Mais il le fait gentiment: «La communauté internationale demande à Israël d'adhérer au Traité de non-prolifération nucléaire, (MAIS) le

plus réaliste serait de traiter cette question dans le cadre du processus de paix». Que voilà une belle langue de bois qui DEMANDE sans exiger et ceci inclus dans un CADRE. N'y a-t-il pas dans tout ça une odeur de peur due au chantage?

Finances mondiales et suisses

Les réserves d'or mondiales dans les banques centrales totalisent environ 32'000 tonnes. A 32'151 onces par tonne cela représente 1'028'832'000 onces à 400 \$ l'onc (prix actuel), cela donne une valeur globale de 411'532'800'000 (411 MILLIARDS DE \$), c'est terriblement dangereux et pathétique, car l'or est une possession et le billet dans votre poche est une promesse, comme le dit Gérard Le Roux. N'avais-je pas écrit il y a peu, que le papier qui s'imprime par tonnes et achète tout dans le monde deviendrait une bulle qui en éclatant laisserait un chaos inimaginable et que notre banque nationale ne devrait pas vendre notre or. Face à des absurdités telles que les dérivés estimés à 170 mille milliards rien qu'aux USA, quelle crédibilité peut-on faire aux banques centrales? Dans le même temps le pétrole atteint 38 \$ le baril, le zinc, le cuivre, le platine, le plomb, l'aluminium et le platine ont monté en deux ans de 200 %, le blé et le maïs de plus de 50 %, le soja de 100 % et les viandes entre 50 et 100 %. N'y aura-t-il plus que l'effacement des dettes? En France et en Allemagne, malgré 400 millions de consommateurs à leur disposition, totalisent à elles seules 5000 milliards de francs de dettes (5 billions (5'000'000'000'000)). (Les dettes sociales de l'Allemagne ne sont pas connues). Nous profitons de cette occasion pour rappeler à nos europhiles que la cotisation à l'UE de la Suisse en cas d'adhésion, serait de 5 milliards par an jusqu'en 2007, de 20 à 30 % en plus dès cette date sans compter les frais annexes. Vive ce grand casino et ces machines à sous mondiales qui mettent en place la plus monstrueuse faille des temps modernes.

Greyhounds, la mort au bout de la piste

Quand on parle de la protection des animaux, on oublie les lévriers, ces chiens élevés dans 1500 fermes d'élevage seulement aux Etats Unis pour le seul plaisir des amateurs de sport. Ce soi-disant sport qui n'enchantent que des hommes bêtes et cruels, tue des milliers de chiens entraînés sous la torture sélectionnant les meilleurs et tuant les médiocres, dès leur naissance. Cette industrie fondée sur un rapide profit, considère ces animaux com-

me des choses n'ayant ni sensation, ni sentiment, et ne leur montre que du mépris. Sans amour, battus, frustrés, entraînés à mort, ces malheureuses bêtes naissent dans l'enfer Terre.

Une statistique donne des chiffres ahurissants pour ces douze dernières années, 395'545 lévriers ont été enregistrés pour les courses, dont 256'545 ont été tués parce qu'ils ne gagnaient pas. Avant les courses on a éliminé 112'051 jeunes chiens considérés comme inaptes à la course. Le total des Greyhounds tués en 12 ans est donc de 368'096, soit plus de 30'000 par année. Parmi les pays les plus coupables, il y a l'Irlande qui alimente les 70 cynodromes du pays et pourvoit en animaux martyrs de nombreux états du globe comme l'Espagne, le pays des corridas tant décriées par les protecteurs des animaux.

Il faut savoir que ces lévriers sont dopés aux stéroïdes et à la cortisone, qu'ils ont la gueule bourrée de glucose au point d'avoir les dents pourries à 4 ans. On leur administre de la cocaïne par voie rectale ou même du Viagra. On ne s'étonnera pas de ces horreurs puisque les taureaux en Espagne subissent de semblables aberrations. Tout cela conduit aux guerres qui ruinent la planète et ses habitants.

La caste qui mène à l'Eurocatastrophe

Lorsque nos stratèges disent avec conviction que le libéralisme éclairé n'est pas l'ennemi du socialisme (voir discours en France) c'est une lapalissade. En effet, la droite et la gauche mènent au même but: à l'Europe libérale-socialiste imaginée au lendemain de la libération par Jean Monnet et ses amis américains, Kissinger en tête. Et avec les mêmes méthodes: aseptiser l'information, multiplier les discussions en trompe-l'œil, endormir l'opinion, l'abrutir avec des télé-réalités, lui faire oublier les vrais problèmes et, dans la coulisse, par des mesures progressives, préparer la fuite en Europe de pays dépossédés de moyens d'assurer leur liberté coopérative avec ses voisins. En France l'appareil politico-économique est tenu depuis 1970 par deux douzaine d'énarques et autant d'inspecteurs des finances. Au fil des années et à travers moult scandales ils ont coûté à la France plus de 100 milliards d'Euro (Vivendi, le GAN, le Crédit Lyonnais) et c'est le contribuable qui paie les erreurs des responsables. En Suisse c'est le même scénario où nos milliards se sont évaporés (Expo.02, Swissair, Fareas, BCV, BCG, Stäubli, etc.) Et dire que ces responsables sont les véritables gérants de la politique de

nos gouvernements que ce soit les droite, gauche ou centre qui sont au pouvoir.

Armes de destruction massive et comptes en déshérence même mensonge

Le juge Korman a dit textuellement hier dans une interview télévisée au sujet des 850 millions de \$ pas encore distribués après cinq ans aux rescapés des camps: «Je ne peux pas donner de l'argent à n'importe qui sans avoir en mains des preuves que la personne y a bien droit. Si je ne faisais pas cela, on pourrait m'accuser au cas où certains comptes n'auraient jamais existé, d'avoir manqué aux exigences éthiques que l'on m'a demandé de remplir, et le mot chantage deviendrait réalité.»

Vu la situation présente et les exigences d'Israël qui demande la moitié du pactole restant (des voix insinuent que ce serait pour la défense) le mensonge des millions de comptes soi-disant cachés par les banques suisses, s'apparente au mensonge des armes de destruction massive introuvables elles aussi. Comme quoi les stratégies pour obtenir de l'argent ne changent pas. N'oublions pas que dans le gouvernement Bush, il y a environ 53 juifs occupant des positions clés dont plusieurs d'entre eux appartiennent au CJM.

Les 100 jours de Blocher

Comme c'était à prévoir, les socialistes s'empressent de jeter de la boue sur chaque proposition de Christoph Blocher, et ils n'oublient même pas de ressortir de vieilles lunes déjà connues et discutées par les autres partis avant l'accession du chef de Justice et Police au gouvernement. Les journalistes de la télévision et autres médias, eux aussi ressassent la même question

Suite en page 15

**Organe officiel des
Démocrates
Suisse** *DS*

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

«Pourquoi ne parlez-vous que du problème des requérants d'asile?» Ils savent pourtant que le devoir du conseiller fédéral en charge de ce département est supposé travailler sur ce problème qui agite la vie suisse depuis cinquante ans et qu'il ne peut pas empiéter sur d'autres départements. Bref, pour clore ces

remarques, Christoph Blocher est le seul conseiller à affirmer qu'il a fait des promesses aux électeurs et qu'il les tiendra. Ce qui est nouveau dans la politique actuelle qui est de se faire élire, dans le monde entier sur des promesses rarement tenue une fois la personne bien en place. *Octopus*

L'esprit tordu de la poste

Ainsi la Poste n'a rien trouvé de mieux pour désengorger les files d'attente à ses guichets, que d'ouvrir ses bureaux le samedi après midi et le dimanche. Plusieurs connaissances m'ayant expliqué que les files d'attente provenaient surtout de l'instauration du ticketage qui ne prend pas en compte la longueur des corridors conduisant du distributeur aux guichets mal indiqués, cela provoque une certaine angoisse due à une course d'environ 30 mètres séparant le compteur d'un guichet à trouver. D'aucun prétendent que cent personnes parcourant chacune 30 m dès la sortie de son numéro est la cause de ces minutes d'attente interminable, puisqu'à chaque fois l'employé(e) se tourne les pouces. Par conséquent l'ouverture préconisée pendant les jours de repos n'est pas la solution, elle est coûteuse, inefficace et il vaudrait mieux tout simplement supprimer ces distributeurs de numéros. Décidément monsieur Gigy n'est pas à une solution inutile près! D'autre part, certains facteurs sont excédés du changement de leur

lieu de travail en un souk vendant n'importe quoi chamboulant les véritables buts pour lesquels la poste a été créée. On sent une panique rampante qui s'insinue dans l'esprit des employés du géant jaune qui faisait notre fierté. Je tiens à préciser qu'en ce qui me concerne je n'ai nullement à souffrir de cet état de fait puisque le facteur prend mon courrier et mes paiements à la porte tout en me livrant courrier et paquets, ce qui me facilite la vie, mais cela ne m'empêche nullement d'écouter les doléances des autres usagers habitant de grands ensembles, ce qui complique la nouvelle donne postale. La mondialisation et l'économie de marché ont bon dos devant cette destabilisation brutale des us et coutumes locales. Quand va-t-on devoir changer d'autres habitudes très personnelles et privées, au nom de l'efficacité universelle, dont les ronds de cuir bien assis devant leur bureaux avec leurs calculettes électroniques préconisent le futur fonctionnement parfait parce que robotisé.

Mary Meissner, Vernier

St-Gall retourne sa veste

Ce canton ne nous avait pas habitués à le considérer comme un europhile, puisqu'à raison de 61.5% il avait dit non à l'EEE. D'autre part quel est le poids des élus UDC qui ont raflé le 19 octobre dernier, 33% des suffrages, et que Monsieur Christoph Blocher à fait son congrès à Buchs? Le gouvernement vient de plaider pour une reprise des pourparlers d'adhésion à l'UE pour des questions purement économiques.

Là c'est le comble! Ces édiles ne lisent-ils donc pas la presse internationale qui accuse jour après jour la France et l'Allemagne, plus l'Italie maintenant, d'avoir les plus grosses dettes des pays membres. Ces Saint-Gallois ne comprennent-ils pas que l'UE n'en veut qu'à nos milliards de contribution et qu'elle ne nous fera aucun cadeau, sauf celui de nous avaler avec glotonnerie, nos banques en tête. Ils oublient également que la nou-

velle constitution européenne concoctée par Giscard d'Estaing vu l'arrivée des 10 nouveaux pays de l'Est, prévoit des décisions qui seront prises à la majorité basée sur un nombre de délégués proportionnellement au nombre d'habitants d'un pays? Donc, comme gouverner c'est prévoir et que l'UE discute déjà d'inclure la Turquie dans son giron, il y a lieu de rappeler que ce pays majoritairement musulman est plus peuplé que la France, l'Allemagne ou l'Angleterre, et que lorsqu'il entrera dans ce CON-serf des nations, il fera la loi selon les pronostics du délégué ex-lépéniste, de Villiers. UDC et Blocher, réveillez-vous. Nous vous avons mis au gouvernement parce que vous étiez dans le camp des Suisses éclairés, ne retournez pas votre veste sous peine de perdre ce que vous avez gagné lors des prochaines votations.

Maria de Seimners, Genève

En retard d'une guerre



Alarme: Où va notre armée?

Les penseurs des diverses organisations militaires de la Suisse ont souvent été impressionnés, voire influencés par ce qu'ils voyaient au-delà de nos frontières. Quoi de mieux qu'une organisation «à l'allemande» ou «à la française», ou aujourd'hui «à l'américaine»?

Ils ont seulement oublié qu'ils offraient à un agresseur éventuel le meilleur moyen de nous évaluer, de nous comprendre, de nous pénétrer. Il en est également résulté, à diverses reprises, une armée prête au conflit précédent et contrainte, dans l'urgence, à colmater les lacunes de son organisation.

Une exception notable a été l'Organisation des troupes 1936. Il s'est agi alors d'une conception strictement «sui generis», adaptée à notre mentalité, à notre géographie, à nos capacités militaires et répondant le mieux à diverses possibilités de conflits. Qu'une telle conception ait été élaborée doit nous remplir d'admiration pour les planificateurs de l'époque. Qu'elle ait été réalisée en peu d'années, avec une importante modernisation de nos matériels et armements tient du prodige. Pourquoi nous obstinons-nous à chercher bien loin ce que nous avons sous la main?

Que dire de la «cote» actuelle de notre armée?

– La population a surtout retenu – et voté – la réduction de l'armée et des obligations militaires; en quelque sorte, on veut bien une armée, mais en faire le moins possible (alors que les thuriféraires d'Armée XXI ont cru y voir le plébiscite de leurs idées stratégiques).

– Les partis politiques ignorent complètement l'armée, tant dans leur propagande que dans leurs programmes.

– L'étranger, bien au courant des multiples problèmes que peuvent poser deux organisations successives durant une courte période, va logiquement considérer la Suisse comme un vide militaire, ceci pour plusieurs années. Or, la nature a horreur du vide!

Que dire de la «Propaganda Abteilung» des nouveaux dirigeants de l'armée?

– Qu'il n'est pas opportun de s'adresser au peuple suisse comme à des recrues de la deuxième semaine.

– Qu'il n'est pas inutile d'être crédible pour convaincre.

– Qu'un commandant en chef ne peut vivre avec la nostalgie de l'aviation de chasse, concept vulnérable, inutile et dépassé, mais devrait voir l'absence de notre défense anti-missiles.

– Que l'idée de «gérer l'armée comme une entreprise» devrait inclure la possibilité pour ses chefs de s'asseoir sur des sièges éjectables, en cas d'erreurs de gestion ou de dérapages.

– Que le concept d'une «armée d'intervention» (de préférence à l'étranger) cache mal l'obsession de vouloir jouer à la guerre préventive, aux côtés des pires faucons de la planète.

– Qu'il est illusoire de faire croire que l'armée pourra lutter contre le terrorisme (là, il y a urgence, les réseaux ennemis étant déjà dans la place) sans disposer d'une organisation largement décentralisée, travaillant en terrain connu, sur des scénarios longuement exercés.

Tout le reste n'est que chimères et argent gaspillé.

Jean-Pierre Margot, Neuchâtel

Abstimmungen vom 16. Mai 2004:

SD: NEIN zur Steuer-Mogelpackung!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat an seiner Sitzung vom 5. April 2004 mit grossem Mehr beschlossen, das Steuerpaket abzulehnen. Was der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, ist eine unsoziale und unausgeglichene Vorlage, die auch nicht familienfreundlich ist. Landauf landab mussten in den vergangenen Monaten rigorose Sparübungen in die Wege geleitet werden, um die Schuldenberge nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Man kann nicht in Zeiten, wo die Verschuldungen der öffentlichen Haushalte ins Astronomische gestiegen sind, auf der Bundesebene weniger Steuern vorsehen, was dann auf Kantons- und Gemeindeebenen zu massiven Steuerausfällen führt. Wir wollen nicht, dass als Folge dieser Abstimmungsvorlage die Kantone und Gemeinden gezwungen werden, ihre Steuern zu erhöhen. Denn auf eine andere Weise können jene die entstehenden Finanzlöcher nicht stopfen.

Von den Steuererleichterungen auf Bundesebene würden ohnehin nur grössere und grösste Einkommen

profitieren. Die Geprellten wären der Mittelstand, die Kleinverdiener und Rentnerinnen und Rentner. Wohneigentum würde, wenn schon, nur für Leute gefördert, welche grosse, wertvolle Liegenschaften haben und diese schon weitgehend abbezahlt haben. Jüngere Leute, welche sich ein Haus oder Stockwerkeigentum erwerben wollen, profitieren davon nicht!

NEIN zur 11. AHV-Rentenabbau-Revision

Die 11. AHV-Revision, welche eine reine AHV-Abbauvorlage ist, lehnen die Schweizer Demokraten ebenfalls ab. Die Frauen sollen länger arbeiten müssen. Dies ausgerechnet in einer

Zeit, wo es im Arbeitsmarkt immer wieder heisst, dass für ältere Menschen keine Arbeit mehr vorhanden ist. Dass die Teuerung allenfalls nur noch alle 3 Jahre statt wie bisher alle 2 Jahre ausgeglichen werden soll, ist eine unsoziale Massnahme, die abzulehnen ist. Bereits wird in gewissen Kreisen vom Rentenalter 67 geredet. Wenn die 11. AHV-Revision angenommen würde, wäre das für diese Kreise eine Ermunterung, nun den Weg für eine weitere AHV-Rentaltererhöhung einzuschlagen.

Mehrwertsteuer-Erhöhung für die AHV und die IV? – Nein Danke!

Die Mehrwertsteuer ist eine unsozia-

le Steuer, welche Leute mit kleineren und mittleren Einkommen härter trifft als Leute mit grossen Einkommen. Deshalb wenden sich die SD grundsätzlich gegen jede Mehrwertsteuererhöhung. Zudem ist nicht einzusehen, weshalb die IV mit weiteren Steuergeldern gestopft werden soll, denn bei der IV gibt es grosse Sparpotenziale!

Um die AHV zu sichern, sind sämtliche Golderträge in das grosse Solidarnetzwerk einzuspeisen und die Milliarden für die Auslandhilfe, welche zu einem erheblichen Teil in unkontrollierbaren Kanälen verschwinden, sind weitestgehend ebenfalls unserer AHV zuzuführen. Zudem kann auch im Asylwesen viel Geld eingespart werden, das man der AHV zugute kommen lassen kann.

SD-Zentralvorstand

Leider keine Wohneigentumsförderung!

Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele Leute Wohneigentum erwerben könnten, deshalb ist dieses Ziel des Steuerpakets an sich durchaus edel und gut gemeint! Aber die Umsetzung ist leider ungeniessbar. Nächstens muss ein Handwerker einige Fenster in unserem Haus ersetzen. Das wird etwas mehr als Fr. 3500.– kosten. Bisher konnte ich das als Unterhaltskosten steuerlich abziehen, gemäss der Abstimmungsvorlage könnte ich als langjähriger Besitzer meiner eher bescheidenen Liegenschaft dies nicht mehr tun. Gerade bei Leuten, welche schon länger kleinere oder mittelgrosse Liegenschaften oder Stockwerkeigentum haben, fallen dann und wann solch kleine Handwerkerarbeiten an, die zu machen sind. Mit dem Steuerpaket trifft nun also die Kleinen! Wem dann aber höhere Unterhaltsbeträge anfallen, dem soll dieser Steuerabzug möglich sein. Bevorzugt werden also Leute mit Grösstliegenschaften und Villen, ausgerechnet Kreise, welche diese Form der Unterstützung eigentlich gar nicht so dringend nötig haben. Man sollte mit einer solchen Vorlage vor allem jüngeren Leuten ermöglichen, zu attraktiven Bedingungen Wohneigentum zu erwerben. Aber mit der Ausgestaltung des Steuerpakets sind ausgerechnet diese Bevölkerungsschichten, Leute mit mittleren Einkommen, diejenigen, welche gar nicht profitieren können von einer Wohneigentumsförderung. Haus- oder Wohnungsbesitzer, deren Eigentum bis zu 900'000 Franken beträgt, müssten gar mit leichten Steuererhöhungen rechnen. Wir mittleren und kleineren Wohneigentümerinnen und -Eigentümer sind also mit dem Steuerpaket die Verlierenden. Dass der Eigenmiet-

wert von selbst genutztem Wohneigentum abgeschafft und durch ein einfacheres System ersetzt würde, wäre ja gut, aber bitte nicht in einer so widersprüchlichen Abstimmungsvorlage verpackt. Deshalb stimme ich schweren Herzens Nein zum völlig verunglückten Steuerpaket.

Als Baselbieter kommt für mich noch ein zweiter Aspekt dazu: Die Steuerausfälle für Baselland würden «nur» um die zehn Millionen Franken betragen. Für Baselstadt wären es aber rund 150 Millionen Franken Steuerausfälle. So ganz genau können das aber nicht einmal die Bundesbehörden beziffern (auch so ein Problem dieses Steuerpakets!). Was hiesse das für uns aus dem Baselbiet? Der Stadtkanton, der schon heute mit seinen Finanzen nicht aus und ein weiss, würde wohl einmal mehr bei uns im Baselbiet anklopfen kommen und mehr Geld für seine Zentrumsleistungen wollen. Denn ir-

gendwie müsste Baselstadt diese Ausfälle ja kompensieren... oder dann gibts halt kantonale Steuererhöhungen und rigoroseste Sparmassnahmen, die ans Lebendige gehen. 116 Millionen Franken Steuerausfälle auch für den Kanton Aargau, 465 Millionen Franken Steuerausfälle für den Kanton Zürich, 337 Millionen Franken Steuerausfälle für den Kanton Bern, 121 Millionen Franken Steuerausfälle für den Kanton St. Gallen... Dies zeigt auf, dass die «Übung Steuerpaket» völlig undurchdacht ist, das Paket überladen und wohl andere Wirkungen zeitigen würde, als sich dies die guten Steuerväter, welche das Steuerpaket geschnürt haben, wünschten. Und die schönen Plakate von «weniger Steuern», «Familienförderung» und «Wohneigentumsförderung» lösen sich in Schall und Rauch auf.

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident und Landrat, Frenkendorf

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung



Die neue SD-Initiative «Für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» ist da.

Ja, da mache ich auch mit!

Ich bestelle _____ (Anzahl) Unterschriftenbogen der SD-Initiative

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, oder per Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch